

Friedhelm Neidhardt

Logik – Soziologie

Kolloquium anlässlich der Verleihung
der Ehrendoktorwürde

20. Februar 2004

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III

Die digitalen Ausgaben der *Öffentlichen Vorlesungen* sind abrufbar über den Dokumenten- und Publikationsserver der Humboldt-Universität unter: <http://edoc.hu-berlin.de>

Herausgeber:

Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Berlin 2005

Redaktion:

Birgit Eggert

Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin

Unter den Linden 6

D–10099 Berlin

Herstellung:

Forschungsabteilung der Humboldt-Universität zu Berlin

Unter den Linden 6

D–10099 Berlin

Heft 137

ISSN 1618-4858 (Printausgabe)

ISSN 1618-4866 (Onlineausgabe)

ISBN 3-86004-186-X

Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

Inhalt

Manfred Erhardt Laudatio auf Friedhelm Neidhardt	5
Klaus Eder Öffentlichkeit als Medium kollektiver Identitätsbildung	11
Hans Bertram Familienforschung, Familienpolitik und Politikberatung	28
Hans-Peter Müller Wozu Theorie?	40
Friedhelm Neidhardt Logik – Soziologik	57
Über die Autoren	65

Laudatio auf Friedhelm Neidhardt

I

Seit das Wort „Elite“ in Konjunktion mit „Universität“ durch Kanzler Schröders Machtwort wieder salonfähig wurde, wird keine andere Hochschule in Deutschland häufiger mit diesem Prädikat bedacht als die Humboldt-Universität zu Berlin.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 17. Januar auf Seite drei schreibt Mechthild Küpper „Wenn in diesen Tagen der Begriff Eliteuniversität fällt, denkt nicht nur Bundeswirtschaftsminister Clement an die Berliner Humboldt-Universität.“ Und sie endet – angesichts der Zumutungen der rot-roten Landesregierung – mit der Vision „einer vom Bund unterstützten Berliner Eliteuniversität.“

Im Anfang war das Wort, allein es fehlt die Tat: Die Tat, die das Wort Eliteuniversität einfordert, bestünde darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen Spitzenuniversitäten sich entwickeln und Innovationen gedeihen. Denn beide lassen sich nicht dekretieren; ihre Entstehung muss durch förderliche Rahmenbedingungen angestoßen und protegiert werden. Mehr Geld ist eine dafür notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Hinzukommen muss, dass

- Studenten sich ihre Universität und Universitäten sich ihre Studenten auswählen können,
- für gute Studienangebote (sozialverträgliche) Beiträge erheben und für gute Professoren markt- und leistungsgerechte Gehälter bezahlt werden,
- Betreuungsrelationen und Betreuungsqualität verbessert werden,

- die regulatorische Engführung der Universitäten als „nachgeordnete Behörden“ der Wissenschaftsministerien aufhört und
- das Hochschulrahmengesetz fällt, damit sich ein kompetitiver Föderalismus um die besten universitären Bildungsangebote entwickeln kann.

Mit je fünfzig Millionen Euro für fünf Jahre und fünf Universitäten ist es nicht getan, weil sich Spitze aus der Breitenförderung entwickelt. Das ist in der Wissenschaft nicht anders als in Kunst, Musik und Sport. Soll „Deutschland. Das von morgen“ Wirklichkeit werden, genügt es nicht, einen Wettbewerb auszuloben und eine Marketingagentur unter dem Signet „Brain up – Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“ zu beauftragen. Gleichwohl ist es ein Verdienst der Schröder’schen Innovationsoffensive, mit dem *Wort* auch die *Einsicht* in das Bewusstsein breiterer Bevölkerungsschichten getragen zu haben, dass Innovationsfähigkeit Zukunftsfähigkeit begründet. Wissen schafft Wert! Am Anfang der Wertschöpfungskette steht die Wissenschaft. Sie kreiert neue Erkenntnisse, die zu Basisinnovationen führen. Und sie bildet den Humus für die Entwicklung von Talenten.

Als bloße Stimmungsaufheller proklamiert, haben die Worte „Elite“ und „Innovation“ plötzlich eine zauberlehrlingshafte Dynamik entfaltet, die auch die Hochschulpolitik zu weiteren Tabubrüchen treiben wird, um das Biotop Deutschland international wettbewerbsfähig zu machen.

II

Im Anfang war das Wort. Es hieß Erneuerung: strukturelle, fachliche, personelle. Damals – nach der Wende – ging es um die Restrukturierung und Neupositionierung der Hochschul- und Wissenschaftspotentiale der ehemaligen DDR nach den internationalen Qualitätsstandards der science community. Das Gebot, das von Einigungsvertrag und Wissenschaftssenat ausging, lautete, dass alle Professoren geschätzt würden. Das Medium der

Schätzung waren die Struktur- und Berufungskommissionen; das Kriterium ergab sich aus der traditionellen Rolle der Berliner Universität als führende Reformuniversität. Überleitungen gab es nicht. Angestammte und Auswärtige wurden denselben Qualitätskriterien unterworfen. Nur dort, wo es „systembedingte Benachteiligungen“ gab, wurde aufgrund eines prognostischen Urteils ein Ausgleich gewährt. Die Besten sollten berufen werden, auch wenn die Trennung von manchen Guten schmerzte. Das Leitbild hatte Karl Jaspers einst auf den Begriff gebracht mit den Worten: „Das Schicksal der Universität hängt ganz und gar ab vom Range der Persönlichkeiten, die an ihr wirken“.

Wenn die Humboldt-Universität zu Berlin in diesen Tagen – noch vor Ausschreibung des Bulmahn'schen Wettbewerbs – vom Preisgericht der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung zur „Eliteuniversität“ erhoben wird, dann ist dies ein Hinweis auf die Qualität ihrer Professoren und zugleich ein Ausweis dafür, dass die Struktur- und Berufungskommissionen gute Arbeit geleistet haben.

Einer ihrer besonders starken Fächerbereiche sind die Gesellschaftswissenschaften, welche im aussagekräftigen DFG-Ranking die pole position unter Deutschlands Universitäten einnimmt. Zu diesem Fächerbereich gehören die Sozialwissenschaften, deren Struktur- und Berufungskommission Herr Professor Dr. Friedhelm Neidhardt geleitet hat.

III

Im Anfang waren Idee, Wille und Tat. Mit einem Wort: Neidhardt. Er war es, der zuerst der Struktur- und Berufungskommission (SBK) und dann dem neu konzipierten Fachbereich und Studiengang Sozialwissenschaften Geist und Kraft gab. Die alte Streitfrage der Historiker, ob Männer Geschichte machen oder ob die Geschichte Männer macht, findet hier ihre Auflösung: Es gilt beides. Die Sozialwissenschaften haben Friedhelm Neidhardt als Gelehrten hervorgebracht und er hat die Sozialwissen-

schaften vorangebracht. Er ist ein Geschöpf der aufstrebenden Sozialwissenschaften im Nachkriegsdeutschland. Und er ist der Schöpfer der Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität in der Nachwendezeit. Er war geradezu prädestiniert, dieses Feld zu rekultivieren und fruchtbar zu machen. Als studierter Volkswirt, promovierter und habilitierter Soziologe war er zunächst Ordinarius für Soziologie und später auch Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. 1971 wechselte er nach Tübingen, 1975 nach Köln. 1988 wurde er als Direktor der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen“ an das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) berufen und zugleich als Professor an die Freie Universität Berlin. Von 1994–2000 war er Präsident des WZB.

Zahllose Publikationen zeugen von seiner großen wissenschaftlichen Produktivität. Sie befassen sich – auf der Basis empirischer Sozialforschung – mit den hochaktuellen Fragen von Politik, Öffentlichkeit, sozialen Bewegungen, Wissenschaft und den Interaktionen zwischen diesen Bereichen; sie kreisen um Probleme von öffentlicher Diskussion und politischer Entscheidung, um Formen und Funktionen gesellschaftlicher Konsensfindung, um die Zukunft der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung – um nur einige der Themenbereiche zu nennen.

Seine Wirksamkeit und sein Renommee kommt in zahlreichen Mitgliedschaften in den angesehensten wissenschaftlichen Institutionen, Gremien und Beiräten zum Ausdruck sowie in einer vielfältigen Gutachter- und Beratertätigkeit.

Ihn für den Neuaufbau der Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin gewonnen zu haben war ein Glücksfall, aber alles andere als ein Zufall. Es war mir vergönnt, diesen herausragenden Gelehrten auch ganz persönlich als Wissenschaftsstrategen, Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsadministrator zu erleben, nämlich als

- Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates (von 1985 bis 1987),

- Vorsitzenden der Struktur- und Berufungskommission Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (von 1991 bis 1993) und
- Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (von 1994 bis 2000).

Meine Hochachtung vor dem Gelehrten, mein Respekt vor dem Strategen, meine Bewunderung gegenüber dem Kommunikator und meine persönliche Sympathie und Zuneigung zu dem Menschen Friedhelm Neidhardt sind aus diesen zwei Jahrzehnten guter und fruchtbarer Zusammenarbeit erwachsen.

IV

Noch heute bin ich stolz darauf, Sie lieber Herr Neidhardt, für die höchst diffizile Aufgabe des Vorsitzenden der SBK Sozialwissenschaft gewonnen zu haben. Der große Erfolg gibt Ihnen (und damit auch mir) Recht. Sie haben Recht behalten, weil Sie die Richtigen erwählt haben.

Zusammen mit Klaus von Beyme, Karl Martin Bolte, Hans Joas, Hildegard Nickel u. a. hatten Sie in der SBK nach Maßgabe der qualitativen Differenz „sehr viele schwierige und schmerzliche Personalentscheidungen zu treffen“. „Das ist mir unter die Haut gegangen“. Dieses Zitat stammt aus einem Interview, das Herr Neidhardt Jahre später gegeben hat. Es spricht für diesen einfühlsamen und sensiblen Menschenfreund, dass ihm die schicksalhaften Personalentscheidungen schwer gefallen sind. Wer damals im Prozess von Abwicklung und Erneuerung Verantwortung übernommen hatte, wurde zum Richter über Menschen, die nichts verbochen hatten, über Wissenschaftler, die genötigt worden waren, ihre Forschung und Lehre linientreu zu betreiben, über Ende oder Neubeginn von Professorenkarrieren und damit über das Schicksal von Menschen. Die schlaflosen Nächte habe auch ich gehabt, lieber Herr Neidhardt. Aber Sie waren an der Front, ich in der Etappe. Einig waren wir uns in dem Ziel, dass weder der Institution selbst, noch den Professoren oder den Stu-

dierenden damit gedient sein konnte, aus der einstigen Kaderschmiede eine „ganz normale Massenuniversität“ zu machen, wie dies die von Rektor Fink betriebene Politik war.

Nicht nur dem Namen, nicht nur der Tradition, auch dem Land und der Nation waren wir es schuldig, den Neuanfang zu nutzen und zu versuchen, der Humboldt-Universität ihren alten Rang und Glanz als Reformuniversität zurückzugeben und damit auch die Freie Universität aus ihrer selbstgenügsamen Starre zu lösen.

„Ich bin mir nicht sicher, ob alle Entscheidungen richtig waren“, haben Sie in jenem Interview aus dem Jahre 2001 rückblickend resümiert. Die in diesem Zweifel zum Ausdruck kommende Bescheidenheit ehrt Sie. Sie mögen dabei an die Berufungsvorgänge Segert und Klein gedacht haben, welche heftige Reaktionen im Abgeordnetenhaus und in der Presse ausgelöst hatten. Wir haben diese Auseinandersetzungen im Jahre 1992 gemeinsam durchgestanden, auch wenn mein Staatssekretär gegenüber der FAZ mit der Aussage „Das war Neidhardt“ versucht hatte, die Kurve zu kriegen. „Exzellenz zieht Exzellenz an, während Mittelmaß sich gerne selbst verstärkt“, sagte die Tübinger Nobelpreisträgerin Nüsslein-Vollhardt, als sie nach ihrer Meinung zum Thema Elite-Universitäten befragt wurde. Eben darauf habe ich gesetzt, lieber Herr Neidhardt, als ich Sie zum Vorsitzenden der SBK Sozialwissenschaften berufen habe.

Das Abschneiden der Humboldt-Universität und insbesondere auch ihrer Sozialwissenschaften in den Hochschulrankings und den öffentlichen Diskussionen um die Elite-Universität gibt mir heute das Recht, Ihren früheren Selbstzweifel, ob alle Ihre Entscheidungen richtig waren, endgültig zu beseitigen und als Grund für die heutige Exzellenz dieses Fachbereiches zu sagen: „Das war Neidhardt!“

Umso mehr freue ich mich, dass Ihnen heute mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität zu Berlin die verdiente Ehrung zuteil wird.

Öffentlichkeit als Medium kollektiver Identitätsbildung

1 Vorbemerkung: Bewegungen und Öffentlichkeit

Die Bewegungsforschung ist nicht nur in den USA, etwa in den Arbeiten der Gruppe um Doug McAdam, Sidney Tarrow und Charles Tilly, sondern auch in Deutschland zu einer bedeutenden Forschungstradition geworden. In diesem Zusammenhang hat die Forschungsgruppe um Friedhelm Neidhardt am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung eine zentrale Rolle gespielt. In dieser „Koevolution“ der Bewegungsforschung ist die französische Tradition, die Touraine angeregt hatte, auf der Strecke geblieben. Das Besondere des in Deutschland realisierten Forschungsprogramms ist – und hierbei hat Friedhelm Neidhardt eine zentrale Rolle gespielt – eine theoretisch folgenreiche Erweiterung: Es geht um die Idee, dass kollektiver Protest im Medium von politischer Öffentlichkeit stattfindet. Während die einen schlicht von Opportunitätsstrukturen für Protest reden, wird mit der begrifflichen Verknüpfung von politischer Öffentlichkeit und sozialen Bewegungen auch eine theoretisch hochproduktive Fährte gelegt, die dann in Kooperation mit der Forschungsgruppe um Bill Gamson aus den USA auch empirisch erfolgreich gewesen ist.

Auf die damit gelegten Fährten möchte ich mich begeben, und dabei zwei Probleme ansprechen: die Frage nach der argumentativen oder diskursiven Qualität von öffentlicher Kommunikation und die Frage nach der in öffentlicher Kommunikation sich akkumulierenden Macht. Zur Einstimmung zwei kurze Vorbemerkungen, die sich auf die beiden begrifflichen Elemente Öffentlichkeit und soziale Bewegungen beziehen.

2 Zwei Problemstellungen

2.1 Die Eigenlogik von Öffentlichkeit

Im Zuge der Analyse öffentlicher Kommunikation von Protestthemen, etwa in der Analyse der Abtreibungsdebatte durch Neidhardt et al., stellte sich die Frage nach der empirischen Tragfähigkeit eines normativen (oder diskurstheoretisch informierten) Öffentlichkeitsbegriffs. Das Ergebnis überrascht eigentlich nicht: die öffentliche Abtreibungsdebatte ist weniger von argumentativen denn von strategisch platzierten Diskussionsbeiträgen bestimmt. Ob das schon ausreicht, den „normativen“ Öffentlichkeitsbegriff als widerlegt zu sehen, der auf der Annahme von Öffentlichkeit als einem argumentativen Zusammenhang ausgeht, mag zunächst dahingestellt bleiben. Wichtig ist aber die Beobachtung, dass Öffentlichkeit einen Effekt *sui generis* erzeugt. Öffentlichkeit hat als institutionelle Form einen Effekt – hierzu finde ich dann auch interessante Hinweise in den Simmel-Vorlesungen, wo Öffentlichkeit als ein Interaktionseffekt (so Simmel), nicht als Aktionseffekt bestimmt wird.

Öffentlichkeit ist mehr als nur Kontext für Akteure im Sinne von Restriktion oder Ermöglichung individuellen oder kollektiven Handelns. Öffentlichkeit erbringt aus den Relationen, die sie erzeugt, eine strukturelle Eigenleistung jenseits der (wie auch immer theoretisch konzeptualisierten) „rationalen“ Intentionen der Akteure hervor. Dafür finden sich – mit politischen oder ideologischen Präferenzen variierende – metaphorische Beschreibungen: die Weisheit der Institutionen, die List der Vernunft, die Kraft des Faktischen, oder ganz einfach: die Emergenz von Strukturen. All diese Metaphern/Konzepte finden sich in der Beschreibung von Öffentlichkeit. Die wohl weitreichendste Metapher ist die der List der Vernunft: die Zuschreibung einer normativen Kraft, die dem Prozess öffentlicher Kommunikation als solchem eigen ist. Dann bleibt nur noch strittig, wie man Interaktionseffekte konzeptualisiert, ob als latente Strukturen oder als implizite Mechanismen oder als quasitranszendente normative

Zwänge. Ich selbst neige zwischenzeitlich zur Vorstellung von Mechanismen (dazu später).

2.2 Die Veränderung des Protesthandelns im Medium öffentlicher Kommunikation

Die Debatte um den Zusammenhang von Öffentlichkeit und sozialen Bewegungen hat eine zweite Beobachtung provoziert: nämlich das Verschwinden sozialer Bewegungen in ihrer historischen Form im öffentlichen Raum und die damit zusammenhängende zunehmende kommunikative Verdichtung des öffentlichen Raums selber.

Bewegungsforscher haben zunehmend Probleme, ihren Gegenstand ab- und einzugrenzen. Das Aktionsrepertoire, das soziale Bewegungen kennzeichnet (Demonstration, Streik, Straßenmobilisierung usw.), reicht nicht aus, um das zu fassen, was der Bewegungsbegriff zu fassen suchte: politisch motiviertes kollektives Handeln gegen Ausübung von Macht, sei sie politisch, sei sie ökonomischer oder kultureller Natur. Die Abgrenzung von Protestereignissen von Nicht-Protestereignissen wird zunehmend schwierig. Denn Protest bedient sich kommunikativer Formen, die mit Nichtprotestlern geteilt werden. Was soll dann noch als Kriterium für „soziale Bewegungen“ gelten?

Jüngere Überlegungen machen soziale Bewegungen an besonderen Netzwerkstrukturen fest, die kollektives Handeln stützen (Diani/McAdam 2003). In dieser theoretischen Sichtweise werden soziale Bewegungen als ein kollektives Handeln beschrieben, dessen Wahrscheinlichkeit mit besonderen Netzwerkstrukturen variiert. Bewegungen sind nicht Assoziationen, auch nicht zufällige Personenhäufungen auf der Straße, sie werden als Netzwerke mit fluiden Mitgliedschaften konzeptualisiert. Die Trennschärfe eines besonderen Phänomenbereichs „soziale Bewegungen“ nimmt so offensichtlich ab.

Andere Überlegungen beziehen sich auf die besondere politische Qualität von Bewegungshandeln. So wird das Handeln von sozialen Bewegungen kategorial unbestimmter – indikativ dafür ist die Konjunktur des Begriffs „contentious politics“, der ja letztlich eine Tautologie darstellt, ist doch politisches Handeln per definitionem „contentious“, also auf Streit gegründet. Contentious politics – politique revendicative – Streitpolitik – diese bereits sprachlich nur schwer darstellbare Besonderheit von Bewegungshandeln läuft letztlich auf Streithandeln, auf Konflikthandeln hinaus. Diese begrifflichen Umstellungen signalisieren einen Formwandel sozialer Bewegungen in kommunikativ sich verdichtenden Gesellschaften.

Schließlich bleibt ein drittes Moment, das Bewegungshandeln zunehmend in politischem Handeln proper aufgehen lässt: die Beschreibung von Bewegungszielen als „claims-making“ („revendication“ – „Einklagen“/„Forderungen“). Nun gehört claims-making ja zum Normalfall politischen Handelns. Es kann lauter oder leise sein. Jede sprachliche Äußerung, die etwas fordert, kann letztlich Ausdruck von Bewegungshandeln sein. Auch hier lässt sich nur das soeben gemachte Argument wiederholen: Die Unterscheidbarkeit von Bewegungszielen von „konventionellen“ politischen Zielen wird zunehmend schwieriger.

Die Erklärung für dieses Phänomen könnte sein, dass Bewegungen in einer sich kommunikativ verdichtenden Öffentlichkeit gewissermaßen aufgesogen werden, dass ihr Handeln zum Normalfall politischen Handelns wird. In kommunikativ weniger dichten Gesellschaften bestand sowohl eine Raum- wie Zeitdifferenz, deren Überbrückung höhere Kosten der Organisation kollektiven Handelns verursachte. Damit ein Problem sich in einer politischen Öffentlichkeit verbreiten konnte und damit den entsprechenden Druck auf Institutionen ausüben konnte, musste Außergewöhnliches organisiert werden, das sich dann herum-sprechen konnte. Diese Kommunikation auszulösen und auf eine gewisse Dauer zu stellen, war gerade die Funktion von sozialen Bewegungen: das politische System konnte erst dann zum Schwingen gebracht werden, wenn Ereignisse kommunikativ

nicht mehr neutralisiert werden konnten, wenn also über sie berichtet werden musste oder über diese Ereignisse die Sonderkanäle des Gerüchts in Anspruch genommen wurden. Protestereignisse liefern genau diese Qualität: Aufmerksamkeit zu erzwingen und/oder die Gerüchte über politisch Außergewöhnliches in Umlauf zu bringen, also Öffentlichkeit.

Um dies zu erreichen, braucht man in der Daueröffentlichkeit, die wir heute haben, keine sozialen Bewegungen mehr. Man braucht nur noch Ereignisse, Protestereignisse. Diese kann man dann strategisch einsetzen, um im Fluss der Kommunikation Aufmerksamkeiten fokussieren zu können. Der Erfolg ist allerdings schwer kalkulierbar. Backlash-Effekte könnten entstehen, kommunikativ Widersprüchliches kommuniziert werden. Bewegungen tauchen so in ein Meer an Kommunikation ein, aus dem sie in anderer Form wieder auftauchen: als Streitpolitiker, als Claims-maker, als gut positionierte Aktionskünstler für Aufmerksamkeitsfokussierung. Selbst ein Lastwagenfahrerstreik ist keine spontane Erregung oder rationale kollektive Handlung, sondern eine wohl inszenierte Aktion mit strategischem Öffentlichkeitsbezug. Ähnliches ließe sich über die jüngsten Protestereignisse gegen haushaltspolitische Entscheidungen im Bildungsbereich sagen.

Öffentlichkeit lässt sich nun einfach definieren als Raum politischer Kommunikation, der Claims Resonanz verschafft. Die Akteure, die solche Claims vortragen, kommen und gehen. Die sind nicht so wichtig. Sie müssen nur regelmäßig Ereignisse produzieren. Wichtig ist, was mit diesen Claims passiert, wie sie in öffentlicher Kommunikation prozessiert werden.

3 Öffentlichkeit als Raum für „claims-making“

3.1 Öffentlichkeit zwischen Diskurs und Rhetorik

Diese Überlegungen legen es nahe, Öffentlichkeit als einen Raum rhetorischer Kämpfe zu beschreiben. Claims-making un-

ter den Bedingungen von Massenkommunikation artikuliert sich im Medium der Rhetorik. In den Simmelvorlesungen von Neidhardt ist dieser Mechanismus, die rhetorische Aufmerksamkeits-erregung, sehr schön beschrieben worden. Öffentlichkeit erscheint als Theater, in dem die rhetorische Inszenierung des Skripts, das die Akteure auf der Bühne aufführen, über die Zustimmung eines zuschauenden Publikums entscheidet. Das gelingt in dem Maße, wie das Skript der Akteure auf der öffentlichen Bühne mit den Erwartungen des Publikums zusammenfällt.

Der interessante Fall entsteht dann, wenn dies nicht mehr gelingt, wenn es zu jenen „liminalen“ Situationen kommt, in denen das alte Skript nicht mehr funktioniert und keine Rhetorik mehr hilft, dieses alte Skript vor dem Publikum weiterzuspielen (was etwa dann der Fall wäre, wenn das Publikum dauernd pfeift oder gar nicht mehr kommt). Dann müssen andere kommunikative Strategien zum Zuge kommen. Meine Vermutung ist, dass eine an argumentativen Standards nicht mehr vorbeikommende öffentliche Kommunikation sich dann einstellt, wenn rhetorische Formeln nicht mehr greifen und ein neues Skript erfunden werden muss. Wenn aber einmal ein neues Skript erfunden ist, und als kollektiv geteilter Rahmen für weitere Kommunikation vorhanden ist und damit Resonanz erwartbar ist, dann kommt wieder das rhetorische Spiel zum Zuge. Dann geht es wieder darum: Wer führt das neue Stück besser auf?

Rhetorische Aufführungspraxen machen die Normalität öffentlicher Kommunikation aus. Wenn es wirklich einmal zu öffentlicher Argumentation kommt, dann sind es nicht-normale Ereignisse, Ausnahmesituationen, Krisenzeiten. Wir erinnern uns daran als die „Hochzeiten“ öffentlicher Kommunikation und Debatten. So weist der Nachkriegsdiskurs in der BRD in den späten 40er und frühen 50er Jahren bedeutsame argumentative Elemente auf, etwa in der Debatte um die Kollektivschuld der Deutschen, bei der Frage um die Wiederbewaffnung, und dann vor allem bei der Frage um die Ostpolitik. Diese Debatten waren eingebunden (jenseits interessenabhängiger Gesichtspunkte) in Fragen um Schuld und Verantwortung der Deutschen, die mora-

lisch polarisierten und moralische Debatten im Sinne argumentativer Auseinandersetzungen in Gang setzten. Andere Beispiele sind normative Debatten, die an die Grundfesten moralischer Überzeugungen gehen: Abtreibung, genetisches Klonen, Sterbehilfe. In diesen Themen kommt das Gewissen, also individuelle moralische Überzeugungen zum Zuge und generieren eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit, die eine Debatte im Sinne diskursiver Auseinandersetzung um Letztbegründungen provozierte.

Doch Hochzeiten sind keine Dauerzustände; sie unterliegen dem Zwang zur Normalisierung und Ritualisierung des Argumentierens, die dann zur Rhetorik wird. Rhetorik setzt dann den Diskurs (im Habermasschen Sinne) fort. Der Diskurs wird auf die Alltagsnormalität öffentlicher Aufmerksamkeitsuche und Aufmerksamkeitserregung zurückgefahren – das ist dann politische Öffentlichkeit im Normalfall, so geschehen in der Frage nach der Ostpolitik, in der Frage der Abtreibung, zunehmend weniger – wenn auch in abflachenden Zyklen – in der Frage nach der Kollektivschuld und -verantwortung der Deutschen gegenüber dem Holocaust. Wann die Rhetorik als Normalisierungsmechanismus einsetzt, wie stabil diese „Normalisierung“ ist, unter welchen Bedingungen sie wieder zusammenbricht und Hochzeiten diskursiver Auseinandersetzung Platz macht, ist ein bislang – trotz Untersuchungen zu „Aufmerksamkeitszyklen“ – unerforschtes Terrain soziologischer Öffentlichkeitsforschung.

3.2 Die normative Frage – soziologisch gewendet

An dieser Stelle möchte ich nun einen Gedanken aufnehmen, den Friedhelm Neidhardt immer wieder ventiliert hat: die Frage nach der argumentativen Qualität öffentlicher Kommunikation. Meine Antwort wäre, dass diese argumentative Qualität situationspezifisch zu bestimmen ist. Man kann also danach fragen, in welchen Situationen eher argumentative, rhetorische oder schlicht demagogische Elemente zum Zuge kommen.

Hier liegt es nahe, zunächst einmal historisch-vergleichend vorzugehen. Die Entstehungsphase der modernen politischen Öffentlichkeit selbst liefert bereit eine besondere Situation. Sie liefert uns die „original situation“, jene besondere Konstellation der Emanzipation eines Bürgertums von traditionaler (meist absolutistischer) Herrschaft, das sich als ein argumentierendes Publikum konstituiert. Dann folgen den großen Denkern ihrer Zeit die vielen kleinen Denker, die das intellektuelle Spiel der Aufklärungsrhetorik spielen, das öffentliche Theater der Aufklärung. Dann die vielen kleinen Volkstheoretiker und Demagogen, die das öffentliche Theater der nationalen Einigung gespielt haben und noch spielen. Schließlich jene emergente transnationale Situation, in der die Frage nach der normativen Qualität öffentlicher politischer Kommunikation erneut zum Thema geworden ist.

Das theoretische Problem der argumentativen Qualität öffentlicher Kommunikation wird durch solche Typisierungen historischer Situationen allerdings nicht gelöst, sondern nur empirisch greifbar: Die allgemeine Frage: Was garantiert die Rationalität öffentlicher Debatten? lässt sich ersetzen durch die Frage: Was ist den Situationen gemeinsam, in denen argumentative Rationalität zum Zuge kommt? Oder soziologisch gewendet: Welches sind die Situationen, die dazu zwingen, die Alltagsrhetorik öffentlicher Debatten zu unterbrechen und Grundsatzfragen, Prinzipien, nach denen gehandelt werden sollte, auf die öffentliche Agenda zu setzen? In welchen Situationen kommt es zu Unterbrechern der Normalität öffentlicher Kommunikation? Was ist das Widerspenstige, das bisweilen (vielleicht auch selten genug) die Rhetorik des Alltags durchbricht, das Widerspenstige, das der Demagogik die Wirkung raubt? Sicherlich hat es mit Institutionen zu tun, mit institutionalisierter Kontrolle oder gar Selbstkontrolle. Doch um diese Fähigkeit von Institutionen theoretisch zu fassen, kommen wir nicht umhin, dieses Widerspenstige öffentlicher Kommunikation irgendwie zu bestimmen. Und hier ist der Punkt, an dem ich um so etwas wie die Habermassche Theorie kommunikativen Handelns immer noch nicht herumkomme. Ich brauche sie für „liminale Situationen“.

4 Kollektive Identität und politische Öffentlichkeit

4.1 Der „Claim“ auf Anerkennung einer kollektiven Identität

Diese bisherigen Überlegungen sind eher Vorschläge für einen Waffenstillstand zwischen konkurrierenden Theorien öffentlicher Kommunikation. Ich möchte noch einen Schritt weitergehen und Überlegungen für einen möglichen Zustand nach einem solchen Waffenstillstand anstellen. Dies will ich tun, indem ich auf die eigentliche Frage dieses Vortrags eingehe: die Frage, inwieweit öffentliche Diskurse konstitutiv sind für den „Claim“ auf kollektive Identität.

Öffentlichkeit ist – seit der Aufklärung – nicht nur jenes Medium der argumentativen Auseinandersetzung von Freien und Gleichen, also von aufgeklärten bzw. aufzuklärenden Wesen gewesen. Sie diente auch der Selbstbestätigung der Aufklärer als Aufklärer. Sie war das Medium der Konstruktion einer kollektiven Identität der Aufklärer. Die kollektive Identität dieser – wie man heute gerne sagt – „Alteuropäer“ artikulierte sich in den am Ende des 18. Jahrhunderts entstehenden ökonomischen Sozietäten Landadel und kleinstädtisches Bürgertum. Sie nennen sich selbst häufig „patriotische Gesellschaften“, also „Patrioten“, ein Begriff, der viel später (ebenso wie der Begriff der Alteuropäer) eine besondere Konjunktur erfahren sollte. Das egalitär-diskursive Miteinanderreden erzeugt also *uno actu* eine kollektive Identität derer, die daran beteiligt sind (bzw. fähig sind, sich daran zu beteiligen). Die Bewegung der Aufklärer erzeugt im Medium öffentlicher Debatte eine kollektive Identität der Patrioten (übrigens eine weniger bekannte Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts).

Die Folgegeschichte ist schnell skizziert: Öffentlichkeit erweitert den Raum der an öffentlicher Diskussion Beteiligten. Die Bildung des Nationalstaats ist ein Prozess der Inklusion und Exklusion in eine Öffentlichkeit: Zugang hat, wer eine bestimmte Sprache spricht, also öffentlich Kommuniziertes versteht (heute

hört man das, wenn es um die Einbürgerungsfrage geht) oder wenn Abstammung sicherstellt, dass die familiäre Einübung in ein Sprachspiel die Unterstellung des Verstehenkönnens zulässt. Die Homogenisierung von Patrioten und Vaterland trennt das Volk in vaterlandslose Gesellen und vaterländische Gesellen. Der Protest der vaterlandslosen Gesellen wird zur illegitimen Öffentlichkeit. Öffentlichkeit erlaubt die Exklusion derer, die nicht zur Sprachgemeinschaft dazugehören. Intellektuelle als Sprecher dieser Sprachgemeinschaft nutzen den öffentlichen Raum als Medium der Herstellung dieser kollektiven Identität als einer nationalen Identität. Ein gutes Beispiel ist im Deutschland des 19. Jahrhunderts Heinrich von Treitschke, der Einpeitscher nationaler Identität par excellence. Diese identitätsgenerierende Öffentlichkeit liefert in letzter Konsequenz den Raum für einen neuen Typus von Krieg, den „europäischen Bürgerkrieg“ der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Kollektive Identitätskonstruktionen sind also strukturell an das Medium politischer Öffentlichkeit gebunden. Was liegt es dann näher, ähnlich wie dies Friedhelm Neidhardt vor zwei Jahrzehnten im Hinblick auf den Zusammenhang von Öffentlichkeit und sozialen Bewegungen getan hat, den Zusammenhang von Öffentlichkeit und kollektiver Identität ins theoretische Blickfeld zu rücken?

4.2 Öffentlichkeit als Ort symbolischer Machtausübung

An diesem Punkt möchte ich eine theoretische Idee ventilieren, die diesen vermuteten Zusammenhang nutzt. Ausgangspunkt dieser Idee ist die Fokussierung auf die symbolische Dimension politischer Öffentlichkeit. Politische Öffentlichkeit ist zunächst konzipiert als ein Ort kommunikativer Auseinandersetzungen, in dem Argumente präsentiert werden und an andere adressiert werden. Die herrschende Theorie politischer Öffentlichkeit hat daraus den Schluss einer entweder besonderen kognitiven oder einer besonderen systemfunktionalen Leistung gezogen: Öffentlichkeit regt (dies ist die kognitive Leistung) kollektive

Lernprozesse an. Oder: Öffentlichkeit sorgt (dies ist die systemfunktionale Leistung) für weiterlaufende Kommunikation. Die erste Theorie ist anspruchsvoller und empirisch seltener der Fall (manchmal aber doch – s.o.). Die zweite ist weniger anspruchsvoll in ihren Annahmen, jedoch empirisch anregend, wenn es um die Analyse von Graden und Differenzen der öffentlichen Informationsverarbeitung in komplexen Systemen geht.

Beide Theorien unterschätzen eine dritte Leistung politischer Öffentlichkeit, die damit zu tun hat, dass Öffentlichkeit der Ort par excellence für die Ausübung symbolischer Macht ist. Öffentlichkeit ermöglicht die ungleiche Verteilung von Kommunikationschancen, im Extremfall die Exklusion aus einem Kommunikationszusammenhang. Die dritte Leistung von Öffentlichkeit wäre also ihre Exklusionsleistung.

Öffentlichkeit leistet also auch symbolische Grenzziehungen zwischen einem besonderen Wir und den Anderen, die Abgrenzung eines „eigenen“ Kommunikationszusammenhangs, an dem der Andere nicht teilhaben kann. Hier ist der elementare Mechanismus der Herstellung kollektiver Identität zu suchen, also ein Zusammenhang von Öffentlichkeit und Identitätskonstruktion theoretisch zu bestimmen. Anstatt diese Form von symbolischer Macht als Abweichung von einem Idealmodell politischer Öffentlichkeit zu bestimmen, als Blockierung von laufender Kommunikation oder als pathologische Degeneration, wird symbolische Macht zum konstitutiven Element, zum Normalfall öffentlicher Kommunikation.

Dies gilt umso mehr in Gesellschaften, in denen Dauerkommunikation institutionalisiert worden ist, also für moderne, und noch mehr für moderne und demokratische Gesellschaften. Gerade diese liefern Opportunitätsstrukturen für symbolische Macht und mit ihr die Möglichkeit der Ausübung symbolischer Gewalt. Dies wiederum zieht die Frage nach den besonderen Bedingungen der Zivilisierbarkeit symbolischer Macht in demokratischen Gesellschaften nach sich, eine Frage, die sich seit den europäischen Bürgerkriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

(mit Restkriegen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts) ja auch real gestellt hat.

Dies gilt erneut und verschärft dann, wenn es um die Frage der „ethnischen“ Identität der modernen, national gedachten Gesellschaften geht. Die zunehmende, durch Migration und sozialstrukturelle Effekte des Globalisierungsprozesses erzeugte kulturelle Heterogenität moderner Nationalstaaten hat den Anderen vom Rand dieser Gesellschaften in deren Mitte platziert. Die Reaktion auf diese Präsenz des Anderen in der eigenen Gesellschaft wird mit dem Rückgriff auf den Begriff der Ethnisierung beschrieben: je mehr das Andere im „eigenen“ Kommunikationsraum präsent ist, umso stärker wird das Bedürfnis nach der Exklusion des Anderen. Symbolische Gewalt leistet solche Exklusion durch den bloßen Akt der Benennung des Anderen. Ethnisierung ist Benennung, die als solche kommuniziert wird. Politik wird zu Benennungsakten, die festlegen, wer zu wem gehört und gegen wen er zu handeln hat. Nachdem aber solche Benennungen weder traditional begründet sind noch als Ausdruck von „Modernität“ eine selbstlegitimierende Kraft haben, wird das Konstruieren von Benennungen zur permanenten Aufgabe politischen Handelns. Die durch Öffentlichkeit forcierte Versprachlichung politischen Handelns endet hier nicht in der rationalen Kritik politischen Handels, sondern in dessen „Ethnisierung“. Das in Sprache eingelassene Potential symbolischer Gewalt, das sich hier empirisch zeigt, erfordert eine Theorie, die Versprachlichung mit dem Begriff der Macht systematisch verknüpft.

Die Problematik der Exklusionseffekte der „Ethnisierung“ politischer Diskurse lässt sich nicht mehr zureichend mit den theoretischen Begriffen fassen, die uns die klassische Öffentlichkeits-theorie bietet. Denn diese hat den theoretischen Blick so eingestellt, dass die Zunahme symbolischer Gewalt im öffentlichen Kommunikationsraum als ein normativ zu kritisierendes oder als ein dysfunktionales, die Selbstkorrekturleistungen eines Systems unterbrechendes Phänomen erscheint. Vielleicht könnte man diesen Blick neu justieren, wenn symbolische Gewalt als ein

Konstitutivum von Öffentlichkeit begriffen würde. Dann würde auch besser sichtbar werden, dass durch öffentliche Kommunikation nur unter glücklichen Umständen das herauskommt, was die klassische Theorie als konstitutiv sieht, nämlich Lernen oder Dauerkommunikation (zumindest Dauerlärm). Das, was die normative oder die (system)funktionale Theorie auszeichnet, erscheint aus der Perspektive einer Theorie symbolischer Gewalt als ein hochunwahrscheinliches Ereignis. Dass man in öffentlichen Auseinandersetzungen auch kollektiv lernt, ist ein zum leichten Beweis des Gegenteils einladende Theorie. Dass man in öffentlichen Auseinandersetzungen die Selbstbeobachtung der Gesellschaft in Gang hält, kann man leicht als unwiderlegbare Theorie brandmarken.

Diese Neujustierung des theoretischen Blicks wäre die theoretische Auflösung jenes Theoriedisputs zwischen normativen und funktionalen Ansätzen, den Friedhelm Neidhardt so klar zuge-spitzt hat. Er selbst hat diese Theoriedifferenz ja – soweit ich das sehe – offen gelassen oder mit anregenden Polemiken über-brückt.

5 Europäische Öffentlichkeit und die Herstellung transnationaler Identität

Wie hilft eine solche Perspektive weiter für die Analyse und Erklärung öffentlicher Kommunikation in der aktuellen, emergierenden transnationalen Situation? In der transnationalen Situation verstärkt sich das Tempo gesellschaftlicher Kommunikation weiter. Es bilden sich Öffentlichkeiten jenseits nationaler Öffentlichkeiten aus; die Ebenen politischer Kommunikation vervielfältigen sich. Hat die nationale Fokussierung politischer Kommunikation zunächst lokale Kommunikationsgemeinschaften überlagert und diese partiell (mit unterschiedlichem Erfolg) zum Schweigen gebracht, so sind heute emergente Formen transnationaler politischer Kommunikation dabei, eine weitere Ebene politischer Kommunikation einzuziehen, mit bislang noch unklaren Folgen für die weitere Evolution nationaler Öffentlichkeiten.

Die Emergenz einer europäischen Öffentlichkeit und der Einbau dieser Stimme in ein System globaler politischer Kommunikation deuten zumindest darauf hin, dass wir mit einer Mehrebenenproblematik auch für öffentliche Kommunikation rechnen müssen.

Diese Differenzierung von Ebenen öffentlicher Kommunikation provoziert wiederum noch mehr Kommunikation, die durch technologische Möglichkeiten ebenso unterstützt wird wie durch die zunehmende Bedeutung von leichter kommunizierbaren und rezipierbaren Symbolen, nämlich visuellen Symbolen. Bilder konkurrieren mit Worten um öffentliche Aufmerksamkeit. Wir haben auf Grund dieser Dynamik im transnationalen Rahmen mit einer Verfeinerung und Intensivierung von symbolischer Macht zu rechnen.

Wenn diese Annahme stimmt, dann zeigen sich auch die Grenzen der alten Öffentlichkeitsmodelle, sobald sie sich in den transnationalen Raum vorwagen. In der Debatte um eine europäische Öffentlichkeit dominieren immer noch die den alten Öffentlichkeitsmodellen geschuldeten Diagnosen: die Normativisten postulieren ein europäisches Himmelreich, die Funktionalisten sagen, dass es überhaupt keine gäbe. Hier bietet das hier angedeutete dritte Modell politischer Öffentlichkeit eine alternative Option: Es beobachtet die Zunahme der nationalen Grenzen überschreitenden öffentlichen Kommunikation, die Auflösung der Sicherheiten national geschlossener Kommunikationsräume und die kommunikative Verflüssigung von Benennungen und deutet diesen Prozess als einen Prozess der Zunahme symbolischer Macht. Die daraus sich ergebende Diagnose wäre: Europäische Öffentlichkeit existiert als ein umkämpfter Raum um Benennung. Öffentlichkeit wird zu einem Teil des politisch sich formierenden politischen Herrschaftsapparates selbst.

Wenn wir also mit transnationalen Öffentlichkeiten rechnen müssen, dann müssen wir auch mit sich steigernden Opportunitätsstrukturen für symbolische Macht rechnen. Wer sich an der öffentlichen Diskussion darum beteiligt, wer zu Europa gehört

und wer nicht, und warum einige dazugehören und andere nicht, der befindet sich bereits mitten im Kampf um symbolische Macht, um „ethnisierende“ Benennungsmacht. Wenn in dieser Öffentlichkeit europäische Identität zum Thema wird, dann findet symbolische Macht eine Situation vor, die ihr besondere Möglichkeiten liefert: die Mobilisierung von symbolischen Formen, die das Eigene vergöttlichen und das Andere verteufeln. Damit erweist sich auch die transnationale Situation nicht mehr als immun gegen jene symbolische Macht, die für die Formierung nationaler Kommunikationsgemeinschaften so folgenreich gewesen ist. Die Formierung transnationaler Öffentlichkeit mag zwar mit der damit verbundenen Erwartung der Transzendierung nationaler Identität verbunden sein; sie transzendiert jedoch gerade nicht den Mechanismus identitärer Schließung einer Kommunikationsgemeinschaft. Das schließt zwar nicht kollektive Lernprozesse und Willensbildungsprozesse aus. Doch der Mechanismus der mit identitärer Schließung verbundenen Mobilisierung symbolischer Macht ist damit nicht ausgeschaltet – er lässt sich gerade in der transnationalen Situation wieder leicht einschalten. Insofern bleibt der Konstruktionsprozess einer europäischen Identität weiterhin ein ambivalentes Projekt.

6 Zur sozialen Funktion von Öffentlichkeitsforschung

Die Konstruktion kollektiver Identitäten ist ebenso wie die kritische Debatte von Identitätskonstrukten an das Medium öffentlicher Kommunikation gebunden. Die soziologische Öffentlichkeitsforschung macht einmal auf die sozialen Produktionsbedingungen des öffentlichen Diskurses aufmerksam, und sie verweist zugleich auf den für demokratische Gesellschaften notwendigen Zusammenhang von öffentlicher Kommunikation und demokratischer Politik. Soziologische Öffentlichkeitsforschung ist damit in einem besonderem Paradox gefangen: Sie muss zeigen, wie öffentliche Kommunikation wirklich funktioniert, sie löst also Illusionen über diesen Mechanismus demokratischer Politik auf. Zugleich ist sie selbst im Sinne praktischer Aufklärung Teil jenes Mechanismus der demokra-

tischen Selbstbestimmung politischer Gemeinschaften durch öffentliche Kommunikation. Soziologische Aufklärung über das Funktionieren von Öffentlichkeit ist immer auch eine Form gesellschaftlicher Selbsterkenntnis. Soziologische Analyse wird so, um es mit Kant zu formulieren, zu einer Höllenfahrt.

Sich auf eine solche Höllenfahrt einzulassen und sie gerade nicht in Ironie oder Sarkasmus enden zu lassen, das erfordert hohe intellektuelle Standfestigkeit. Ich sehe Friedhelm Neidhardt als einen jener, die nicht in der Aufdeckung der selbstdestruktiven Effekte öffentlicher Kommunikation nachgelassen haben und zugleich deren Notwendigkeit für eine moderne liberale und demokratische Gesellschaft im Blick behalten haben. Dafür sei ihm intellektuelle wie moralische Anerkennung gezollt.

Literatur

Diani, Mario/McAdam, Doug (Hrsg.) (2003): *Social Movements and Networks – Relational Approaches to Collective Action*. Oxford: Oxford University Press.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1998): *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen: Westdeutscher Verl.

McAdam, Doug/Tarrow, Sidney/Tilly, Charles (2001): *Dynamics of Contention*. New York: Cambridge University Press.

Neidhardt, Friedhelm (1985): *Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen*. In Stefan Hradil (Hrsg.), *Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag* (S. 193–204). Opladen: Westdeutscher Verl.

Neidhardt, Friedhelm (1994): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. In Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, S. 7–41). Opladen: Westdeutscher Verl.

Neidhardt, Friedhelm (2000): *Öffentlichkeit und Politik. Vier öffentliche Vorlesungen im Rahmen der Georg-Simmel-Gastprofessur der Humboldt-Universität zu Berlin*. Unveröffentlichtes Manuskript.

Neidhardt, Friedhelm (2003): *Gemeinwohrrhetorik vor großem Publikum: Formen und Funktionen von Moral und Heuchelei* (überarbeitete Fassung des Beitrags „Öffentlichkeit und Gemeinwohl. Gemeinwohrrhetorik in Pressekommentaren“ in Herfried Münkler/Karsten Fischer (Hrsg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung*. Reihe: *Forschungsberichte der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*. Berlin (Akademie-Verl.) 2002, S.157–176). Unveröffentlichtes Manuskript.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): *Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit von sozialen Bewegungen*. *Soziale Welt*, 44, 305–326.

Hans Bertram

Familienforschung, Familienpolitik und Politikberatung

Friedhelm Neidhardt hat ausdrücklich darum gebeten, dass heute anlässlich seiner Ehrenpromotion keine Laudatio gehalten wird. Das werde ich auch nicht tun, sondern daran erinnern, dass Neidhardt als Vorsitzender des Zweiten Familienberichts (1975) ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass eine soziologisch orientierte Politikberatung, die sich einer empirisch orientierten Sozialberichterstattung bedient, nicht nur erheblichen politischen Einfluss gewinnen kann, sondern eben auch zeigt, dass die Soziologie ihre Funktion als Wissenschaft zur Analyse und Interpretation gesellschaftlichen Wandels noch lange nicht verloren hat. Es ist nicht ohne Delikatesse, wenn ich mich als Vorsitzender der Siebenten Familienberichtscommission zum Zweiten Familienbericht äußere, dessen Vorsitzender Friedhelm Neidhardt war. Andererseits wird der Siebente Familienbericht 2005 veröffentlicht, genau 30 Jahre nach dem Zweiten, und ich will zeigen, dass es keinen nostalgischen Rückgriff in die Vergangenheit bedeutet, sondern zugleich eine Problemanalyse der gegenwärtigen Sozialberichterstattung darstellt. Denn, wenn heute manchmal die Bedeutung der Soziologie als einer Wissenschaft zur Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen in Frage gestellt wird, dann wird sehr häufig darauf verwiesen, dass diese Analysen kaum Relevanz für die politischen Entscheidungsprozesse haben. Gerade an den Familienberichten kann man zeigen, dass durch sie häufig Themen der politischen Diskussion so analytisch aufbereitet wurden, dass Politik und Verfassungsgericht diese Analysen für die Weiterentwicklung von Familienpolitik und Familienrecht nutzen.

1 Familienforschung als anwendungsbezogene Grundlagenforschung

Die Familienberichte, deren Siebenter gerade in Arbeit ist, sind wie die Jugendberichte keine Regierungsreporte, sondern in ihrer Konstruktion den Berichten der englischen Royal Commission nachgebildet: Eine unabhängige Sachverständigenkommission versucht, aus fachwissenschaftlicher Perspektive zu bestimmten Fragestellungen im Bereich von Familie und Jugend Konsequenzen für Gesetzgebung, politisches Handeln und die Interpretation rechtlicher Rahmenbedingungen abzuleiten. Die Bundesregierung kann zu diesen Berichten lediglich Stellung nehmen und muss den Bericht mit ihrer Stellungnahme dem Parlament zuleiten. Der Zweite Familienbericht, von Friedhelm Neidhardt als Vorsitzendem verantwortet, hat 1975 für erhebliches Aufsehen gesorgt, weil er mit vielen familienpolitischen Traditionen der Nachkriegszeit brach und sozialwissenschaftliches Denken und Argumentieren in die familienpolitische Diskussion einbrachte. Darüber hinaus hat er ein Forschungsfeld der Sozialwissenschaften in Deutschland einzigartig definiert, nämlich die familiäre Sozialisationsforschung, die international auch heute noch von großer Bedeutung ist. So liest sich der Bericht „From Neurons to Neighborhood“ der American Academy of Science (2000) in weiten Passagen als eine Fortsetzung des Zweiten Familienberichts, ebenso die Ergebnisse des Netzwerkes „The Well-Being of Children and Families“ vom National Institute of Child Health and Human Development (Thornton 2001). Sozialwissenschaftler, Psychologen, Pädagogen und Ökonomen versuchen gemeinsam, anwendungsbezogene Grundlagenforschung so zu formulieren, dass ein theoretischer Zusammenhang zwischen kindlicher Entwicklung, elterlichen Einflüssen und der Lebensumwelt von Familien hergestellt werden kann, aber auch die Forschungskonzeptionen so zu entwickeln, dass sich daraus bestimmte Handlungsanleitungen für die Politik ableiten lassen. 1975 forderte die Familienberichtscommission eine anwendungsbezogene Grundlagenforschung für diesen Gegenstandsbereich (1975:81) – ein Konzept, das heute in der Deutschen Forschungsgemeinschaft realisiert wird. Das

führt natürlich zu der Frage, ob denn wissenschaftliche Politikberatung überhaupt möglich ist, wenn selbst innerhalb der Wissenschaft bestimmte Empfehlungen nur sehr zögerlich umgesetzt werden.

Friedhelm Neidhardt hat sich in seinem Aufsatz „Kann Wissenschaft Politik beraten?“ diese Frage selbst vorgelegt und kommt zu einer ambivalenten Einschätzung. Für Neidhardt ist Politikberatung eine grenzüberschreitende Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik, die die Lernfähigkeit beider Beteiligensysteme voraussetzt. Zumindest in Bezug auf die Familienberichterstattung sieht er das als problematisch an, denn das politische System ist, so Neidhardt, auf Grund seiner kurzfristig orientierten Machbarkeitskriterien nur eingeschränkt lernfähig, weil nur Problemlösungen erwartet werden, die auch tatsächlich durchgesetzt werden können; richtige Einsichten, die nicht unmittelbar handlungsrelevant sind, gelten hingegen als akademisch. Zudem sind nach Neidhardts Einschätzung vor allem im Bereich der Familienpolitik dogmatische Positionen besonders ausgeprägt. Andererseits sieht Neidhardt aber auch Schwächen in der Fähigkeit der Sozialwissenschaftler, wirkliche Politikberatung zu betreiben; häufig versuchen Kollegen Politikberatung, indem sie ihre Aufmerksamkeit dem Feld der Familienpolitik nur kurzfristig zuwenden und daher in der Regel nicht über das erforderliche Systemwissen verfügen, um die Bedingungen der politischen Entscheidungsstrukturen richtig zu erfassen. „Begrenzte Lernfähigkeit steht insofern auf beiden Seiten, und sie hat die Tendenz, sich gegenseitig zu stabilisieren.“ (Neidhardt 1981:402).

Diese kritische Haltung Neidhardts sowohl gegenüber dem politischen System wie aber auch zu der eigenen Profession eröffnet die Möglichkeit, mit fast 30 Jahren Abstand zum Zweiten Familienbericht zu prüfen, ob denn, zumindest im Rückblick, Wissenschaft die Politik beraten kann. Dabei konzentriere ich mich, wie kann es anders sein, ausschließlich auf den Bereich der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen im familiären Kontext.

2 Zur Lernfähigkeit des politischen Systems

Heute sind viele der Forderungen aus dem Zweiten Familienbericht politische und gesellschaftliche Realität geworden. Lag die Zahl der Kindergartenplätze Anfang der 70er Jahre bei etwa 25 auf 100 Kinder, hat sie sich bis Anfang der 80er Jahre, also etwa sieben Jahre nach der Publikation des Zweiten Familienberichts, auf 75 Prozent verdreifacht. Die fehlenden 25 Prozent wurden erst Anfang der 90er Jahre durchgesetzt mit dem Rechtsanspruch des Kindes auf einen Kindergartenplatz. Diese Verzögerung war aber nicht ideologischen Gründen geschuldet, sondern vor allem in einigen großen Flächenstaaten dem fehlenden Geld; diese hatten das gleiche Problem, das wir heute in den neuen Bundesländern erleben: Die kommunale Finanzierung solcher Einrichtungen lässt sich immer dann umsetzen, wenn es genügend Kinder gibt. Je geringer die Nachfrage, desto schwieriger ist die Finanzierung. Das ist im Übrigen keine allein deutsche Erfahrung: Der französische Präsident Mitterrand versprach vor seiner ersten Amtszeit 300.000 neue Plätze in den Crèches, aber bis zum Ende seiner 14-jährigen Amtszeit waren daraus keine 100.000 geworden, weil die Kommunen einfach kein Geld dafür hatten. Die Krise des Wohlfahrtsstaates verhinderte diesen Ausbau.

Das vom Zweiten Familienbericht geforderte Erziehungsgeld wurde 1984 eingeführt. Hier folgte man im Wesentlichen dem österreichischen Modell, das einen längeren Betreuungszeitraum mit geringerer finanzieller Leistung vorsah, während das schwedische Modell mit kürzerer Betreuung und finanzieller Leistung als Lohnersatz nicht durchgesetzt wurde, weil die Rückkehrgarantie an den Arbeitsplatz für sinnvoller gehalten wurde. Auch die vom Zweiten Familienbericht geforderten Beratungseinrichtungen im Bereich von Ehe und Familie wurden flächendeckend umgesetzt. Selbst die von Neidhardt zu Recht kritisierte Sprache im Bereich von Familien- und Jugendpolitik änderte sich grundlegend; wer beispielsweise das 1990 verabschiedete neue Kinder- und Jugendhilfegesetz zur Hand nimmt, wird nicht nur feststellen, dass dieses Gesetz ganz wesentlich auf dem Achten

Jugendbericht aufbaut, sondern sich in vielen Teilen einer sozialwissenschaftlichen Sprache bedient.

Wenn wir als Wissenschaftler heute trotzdem mit vielen politischen Maßnahmen und Entwicklungen in diesem Bereich unsere Schwierigkeiten haben, so hängt das meines Erachtens nicht allein mit der Machbarkeitsorientierung der Politik zusammen. Jeanne Brooks-Gunn von der Columbia-Universität hat bei einer Anhörung des amerikanischen Kongresses zur Wirksamkeit von Maßnahmen zur kindlichen und familiären Entwicklung das Problem genauer adressiert. Als Wissenschaftler wissen wir, dass die kindliche Entwicklung von den Lebensumständen abhängig ist, in denen ein Kind aufwächst, gleichzeitig wissen wir, dass diese Lebensumstände in etwa auch von Armut oder geringer elterlicher Bildung bestimmt sind. Wir wissen auch, dass soziale und pädagogische Interventionen ihrerseits wiederum von diesen Umständen beeinflusst werden. Politik muss sich aber, selbst wenn sie diese Komplexität der Einflussfaktoren auf die kindliche Entwicklung reflektiert, in der Auseinandersetzung um Ressourcen zunächst möglichst auf eine Maßnahme konzentrieren und im politischen Geschehen damit argumentieren, dass diese eine Maßnahme die meisten Probleme lösen wird. Jeanne Brooks-Gunn hat ihren Report vor dem amerikanischen Kongress mit dem Titel überschrieben: „Glauben Sie an Wunder?“, um zu betonen, dass die politische Argumentation Effekte verspricht, die unter einer wissenschaftlichen Perspektive gar nicht eingehalten werden können, jedoch möglicherweise für die politische Durchsetzung notwendig sind. Sie führt aus, dass, selbst wenn die Effekte früher Interventionsprogramme langfristig eher bescheiden ausfallen, es sich lohnt, sich wissenschaftlich und politisch dafür einzusetzen, weil auch bescheidene Erfolge die kindliche Entwicklung stimulieren.

Als Wissenschaftler muss man einer solchen vereinfachten Argumentation, wie sie offensichtlich in der politischen Auseinandersetzung notwendig ist, nicht folgen und beispielsweise nicht glauben, dass Geburtenraten durch den Ausbau der Kinderbetreuung beeinflusst werden. Das wäre vielleicht ein wenig jener

Wunderglaube. Trotzdem kann man als Wissenschaftler sehr differenziert argumentieren, selbst wenn es möglicherweise 15 oder gar 20 Jahre dauert, bis bestimmte Dinge im politischen System umgesetzt sind. Der Zweite Familienbericht ist in meinen Augen ein gutes Beispiel dafür, dass in demokratischen Gesellschaften selbst Politikbereiche, die, in sich gesehen, nicht zu den Kernbereichen des Regierungshandelns gehören, nicht nur wissenschaftlich beraten werden können, sondern auch auf viele dieser Beratungen reagieren. Das mag zwar dauern, aber viele Dinge entwickeln sich dann doch überraschend schnell.

Diese Wirksamkeit liegt nicht unbedingt im Umsetzen einzelner Maßnahmen in konkretes Regierungshandeln, sondern vermutlich vor allem darin, dass solche Berichte Argumentationszusammenhänge aufbrechen und neue Denkfiguren in die politische Diskussion einbringen, zu denen sich alle Parteien im Parlament positionieren müssen, und dies gilt für die USA wie für Deutschland. Ob das mal ablehnend, tendenziell zustimmend oder geradezu enthusiastisch feiernd ist, spielt meines Erachtens keine Rolle. Wichtiger ist, dass man im politischen Geschäft von den Positionen, die man einmal bezogen hat, nur schwer abrücken kann. Daher sind Berichte mit einer dezidiert fachlichen und wissenschaftlichen Fundierung vermutlich sogar wirksamer als Berichte, die ganz konkret einzelne Handlungsanweisungen etwa bei der Finanzierung geben.

3 Familienwissenschaftler und familienpolitische Handlungsfelder

Die Neigung mancher Fachkollegen, sich schnell mal in einem Gebiet zu profilieren, das bisher nicht zum Gegenstandsbereich der eigenen Arbeit gehörte, ist im Bereich der Familienpolitik immer wieder mit leichtem Amüsement zu beobachten. Das hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass der Wissenschaftliche Beirat des entsprechenden Ministeriums, der seine Gutachten ehrenamtlich fertigt, schon auf Grund dieser institutionellen Struktur anders als etwa in den Wirtschaftswissenschaft-

ten seine zum Teil vorzüglichen Gutachten nicht immer dann vorlegen kann, wenn die Themen politisch relevant sind, sondern eben dann, wenn die Kollegen gemeinsam diese Gutachten fertig gestellt haben. Diese Ungleichzeitigkeit mindert zwar die öffentliche Aufmerksamkeit, nicht aber die Qualität der Gutachten.

Dass hier andere Kollegen schneller sind, die solche Themen sonst nicht bearbeiten, hat hauptsächlich nur den negativen Effekt, dass wissenschaftliche Politikberatung so ein gewisses Maß an Beliebigkeit bekommt. So wird von einigen prominenten wirtschaftswissenschaftlichen Kollegen die These vertreten, die geringe Geburtenrate in Deutschland sei auf die hohe Kinderlosigkeit eines Drittels der Frauen und vor allem von 44 Prozent der Akademikerinnen zurückzuführen und dieses Problem sei dadurch zu lösen, wenn genügend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stünden. Diese Annahme steht in klarem Widerspruch zu vielen internationalen demografischen Arbeiten, die zeigen, dass in ganz Europa, und zwar in West- wie in Osteuropa, seit Anfang der 70er Jahre ein deutlicher Geburtenrückgang zu beobachten ist, der in Osteuropa ähnlich wie in der DDR nur kurzzeitig unterbrochen war; dabei haben vor allem die Länder mit einem besonders niedrigen Geburtenniveau zu tun, in denen die Vier- und Mehrkinder-Familie weitgehend verschwunden ist. So ist etwa in den USA der Anteil kinderloser Frauen mit etwa 20 Prozent auch sehr hoch, aber es gibt aus vielen unterschiedlichen Gründen auch in der weißen Bevölkerung einen relativ großen Prozentsatz von Fünfkinder-Familien und Mehrkinder-Familien. Ähnlich verhält es sich in Frankreich, Finnland und Schweden, wo der Prozentsatz der Mehrkinder-Familien viel höher ist als in Deutschland, Italien oder Spanien. Die demografische Forschung bezeichnet diesen Geburtenrückgang in nur etwa zehn Jahren als demografische Revolution, deren Gleichförmigkeit in Westeuropa erstaunlich ist, ohne dass man bisher vernünftige Erklärungen dafür gefunden hat. Nur Wissenschaftler, die zwischen politischen Einzelmaßnahmen und einem bestimmten Verhalten der Individuen eine Kausalrelation herstellen, machen sich genau jenes Wunderglaubens schuldig, den Brooks-Gunn so intensiv kritisiert.

Friedhelm Neidhardt kritisiert in diesem Bereich aber nicht nur die Stippvisiten von Wissenschaftlern, die dieses Gebiet nicht regelmäßig bearbeiten, sondern beklagt auch die mangelnde Infrastruktur im Bereich familienpolitischer Beratungstätigkeit. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass durch die kontinuierliche Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine Reihe sehr wichtiger Gutachten entstanden sind, die aber oft nicht zur Kenntnis genommen wurden, weil sie trotz ihrer Qualität in der Fachöffentlichkeit nicht gewürdigt wurden und im politischen Bereich durch ein mangelhaftes Timing nicht die Rolle spielen konnten, die ihnen möglicherweise zugestanden hätte. Neidhardt meint mit seiner kritischen Reflexion nicht die Kollegen, sondern die institutionellen Strukturen, die eine kontinuierliche Beratungstätigkeit mit einer genauen Kenntnis dieses Politikfeldes außerordentlich erschweren.

Nun könnte man meinen, dass in den 25 Jahren seit diesem Aufsatz die institutionellen Strukturen, die für Kontinuität sorgen könnten, geschaffen worden sind. Denn ganz ohne Zweifel waren die Sozialwissenschaften im Etablieren von Institutionen durchaus erfolgreich. Beispielsweise sind mit dem Sozioökonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Familiensurvey am Deutschen Jugendinstitut mächtige Instrumente entstanden, die eine breite empirische Basis für die Politikberatung im Bereich von Familie liefern. Auch haben einzelne Bundesländer mit ihren Familienforschungsstellen, wie der Freistaat Bayern in Bamberg oder das Land Baden-Württemberg in Stuttgart, Einrichtungen geschaffen mit einer enormen familienpolitischen Beratungskompetenz. Und auf europäischer Ebene sind im Kontext von EUROSTAT, dem European Household Panel oder dem Fertility Survey eine Menge empirischer Instrumente entstanden, die eine Vielzahl empirischer Daten liefern.

Trotz dieser immensen Investitionen und großen Datenproduktion ist jedoch eine so einfache Frage, wie viele kinderlose Frauen es gegenwärtig in Deutschland gibt, nicht wirklich zu beantworten. Folgt man den Daten der familienwissenschaftlichen For-

schungsstelle in Baden-Württemberg, so sind im Jahr 2000 von den 35- bis 40-jährigen Akademikerinnen etwa 31 Prozent kinderlos, während das Bundesministerium von 44 Prozent ausgeht. Eine Differenz von 13 Prozent auf der Basis desselben Datensatzes, nämlich des Mikrozensus, erscheint mir beachtlich. Die gleiche Fraglichkeit der mitgeteilten Zahlen gilt beispielsweise auch für die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau, weil die entsprechenden Zeitreihen seit 1983 nicht mehr fortgeführt werden. Ich könnte diese Reihe mit anderen Daten nicht nur auf Bundesebene, sondern ganz konkret auf Landesebene wie Berlin fortsetzen, um die Existenz von Widersprüchlichkeiten in ganz zentralen familienpolitischen Datenfragen zu demonstrieren, die sich nicht im Promille-, sondern immerhin im einstelligen, manchmal sogar zweistelligen Prozentbereich bewegen.

4 Die Sprachlosigkeit der Wissenschaften

Obwohl ich die Analyse von Friedhelm Neidhardt in vielen Punkten teile, möchte ich eine andere Gewichtung vornehmen. Wissenschaft kann Politik beraten. Vor allem die Familien- und Jugendpolitik hat sich in den letzten 25 Jahren so entwickelt, dass sozialwissenschaftliche Argumentationszusammenhänge nicht nur gehört, sondern Eingang in die Gesetzgebung (Kinder- und Jugendhilfegesetz), in die Rechtsprechung (horizontale Gerechtigkeit zwischen Familien und Nicht-Familien) und in die praktische Familienpolitik (Balance zwischen Familie und Arbeitswelt) gefunden haben. Auch sind viele Forderungen des Zweiten Familienberichts politisch umgesetzt worden, wenn notwendigerweise bestimmte Aspekte auch noch der Realisierung harren. Zudem gilt der Zweite Familienbericht heute als ein herausragendes Beispiel für eine Sozialberichterstattung, wie sie in anderen Gebieten der Soziologie trotz vieler Bemühungen bisher nicht realisiert werden konnte. Auch sind in der Folge dieses und späterer Familienberichte eine Reihe von Instrumenten für eine empirisch fundierte Datenbasis für die Familienpolitik geschaffen worden.

Es gibt aber ein zentrales aktuelles Problem, das die Universitäten und die Soziologie selbst betrifft. Professuren, die sich mit der familialen Sozialisation oder der Interaktion zwischen der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, familiären Einflüssen und den sozialen Bedingungen familiären Lebens und kindlicher Sozialisation auseinandersetzen, sind ebenso verschwunden wie eine Reihe von Forschungseinrichtungen, die diese Fragestellungen bearbeitet haben. Nimmt man Berlin als Beispiel, es könnten aber auch München, Bielefeld oder Mannheim sein, dann ist festzustellen, dass im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung jene Abteilung, die Sozialisationsforschung betrieben hat, umgewidmet wurde; die entsprechenden Lehrstühle an der Freien Universität sind dem Spardiktat des Politischen Senats und den Abstimmungen der Universitäten ebenso zum Opfer gefallen wie dies gerade auch an der Technischen Universität und der Humboldt-Universität geschieht. Dieser Prozess, der in ganz Deutschland zu beobachten ist, hat allerdings auch seine Ursache in der Wissenschaft selber. Denn wer die Publikationen im Zweiten Familienbericht von 1975 mit Büchern vergleicht, die in ihrer 20. Auflage im letzten Jahr erschienen sind, muss mit Erschrecken feststellen, dass sich diese Disziplin theoretisch nur wenig entwickelt hat.

Einer der Gründe ist darin zu sehen, dass zumindest in Deutschland bei der Professionalisierung der Sozialwissenschaften der interdisziplinäre oder transdisziplinäre Zugang, der inzwischen international Standard ist, nicht stattgefunden hat. An dem Bericht der American Academy of Science „From Neurons to Neighborhood“ arbeiten selbstverständlich Soziologen, Entwicklungspsychologen, Neurobiologen und Pädagogen zusammen, oder in dem Report „The Well-Being of Children and Families“ gibt es neben einem großen Kapitel über die Messung kindlichen und familiären Wohlbefindens auch Kapitel über Werte und Präferenzen, über Schulnachbarschaft und Politik, aber natürlich auch ein Kapitel über die physiologischen und genetischen Einflussfaktoren kindlichen familiären Wohlbefindens. In einer amerikanischen Universität wie etwa Penn State findet sich selbstverständlich ein „Center for Human Develop-

ment“ mit Arbeitsgruppen zu neurobiologischen, haushaltsökonomischen und familienwissenschaftlichen Fragestellungen, mit sozialwissenschaftlichen Arbeitsgruppen zu bestimmten Politikfeldern, aber ebenso erziehungswissenschaftlichen und biologischen Arbeitsgruppen. In Deutschland leisten wir uns den (vermeintlichen) Luxus, auf solche Einrichtungen trotz spezifischer Versuche zu verzichten.

Als Ergebnis werden wir die kindliche Entwicklung und die familiäre Lebensumwelt von Kindern in Zukunft nicht nur mit völlig veralteten theoretischen Modellen analysieren und uns in diesem Bereich nicht nur in der Wissenschaft aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden (was schon längst geschehen ist), sondern wir werden auch im Bereich der Familienpolitik froh sein, von den Erkenntnissen anderer zu profitieren. Und es ist nicht gut, an einem so erfreulichen Tag feststellen zu müssen, dass, wenn auch aus Gründen, die in der Wissenschaft selbst liegen, Friedhelm Neidhardts 25 Jahre alte Kritik leider im Wesentlichen immer noch Gültigkeit besitzt.

Literatur

Brooks-Gunn, Jeanne (2003): Do You Believe in Magic? What We Can Expect From Early Childhood Programs. In: Sherrod, Lomie (Hrsg.), Social Policy Report. Society for Research in Child Development. New York, S. 3–12.

Neidhardt, Friedhelm (1981): Kann Wissenschaft Politik beraten? – Überlegungen anlässlich der Familienberichterstattung der Bundesregierung. In: Joachim Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Campus: Frankfurt/M., S. 401–402.

Shonkoff, Jack P./Phillips, Deborah A. (Hrsg.) (2000): From Neurons to Neighborhood. The Science of Early Childhood Development. National Academy Press: Washington D.C.

Thornton, Arland (Hrsg.) (2001): The Well-Being of Children and Families. Research and Data Needs. The University of Michigan Press: Ann Arbor.

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (1975): Zweiter Familienbericht: Familie und Sozialisation – Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation, Bonn.

Hans-Peter Müller

Wozu Theorie?

„Theorien sind gewöhnlich Übereilungen
eines ungeduldigen Verstandes, der die Phänomene
gerne los sein möchte (...).“
Goethe, Maximen und Reflexionen

Vorbemerkung

Trotz der Skepsis von Goethe ist dieser Titel natürlich eine rhetorische Frage, zumal aus dem Munde eines Theoretikers und Allgemeinen Soziologen. Und doch muss sich jeder Sozialwissenschaftler in seiner Untersuchung fragen, *ob* und wenn ja, *wie viele* und vor allem *welche* Theorie oder Theorien man benötigt.

Das Gros der empirischen Sozialforschung, aber auch der historischen Studien, kommt fast gänzlich *ohne* jede Theorie aus. An die Stelle von Theorien rücken Statistiken oder Quellen. Mithin handelt es sich um Sozialstatistik aus dem Geiste des Empirismus oder interpretative Erzählungen aus dem Geiste des Historismus Rankescher Prägung, getreu der Frage: Wie ist es bzw. „wie ist es eigentlich gewesen“? All das liefert u. U. interessantes empirisches und interpretatives Material, was aus Sicht der Sozialwissenschaften indes nur Vorarbeit ist und sein kann. Häufig ergibt diese Vorgehensweise eine Beschreibung, häufig genug durchsetzt mit Bewertungen oder Werturteilen im Weberschen Sinne – bestenfalls ist das Ergebnis eine Interpretation, die stimmig erscheint und Verstehen suggeriert.

Die Sozialwissenschaften sind indes ehrgeiziger und anspruchsvoller: Sie wollen erklären. Also nicht nur beschreiben, wie es gewesen ist, sondern eruieren, *warum* etwas *wie* passiert ist. Das

„Warum“ verweist auf kausale Analyse, das „Wie“ auf funktionale Analyse. Freilich – seit ihrem Beginn haben die Sozialwissenschaften ihren Platz zwischen den beiden Kulturen der Natur- und Geisteswissenschaften gesucht und, so meine These, nach zweihundertjähriger Recherche auch gefunden. Die Soziologie vermittelt also zwischen Erklären und Verstehen einerseits, zwischen Theorie und Praxis andererseits (s. Abb. 1).

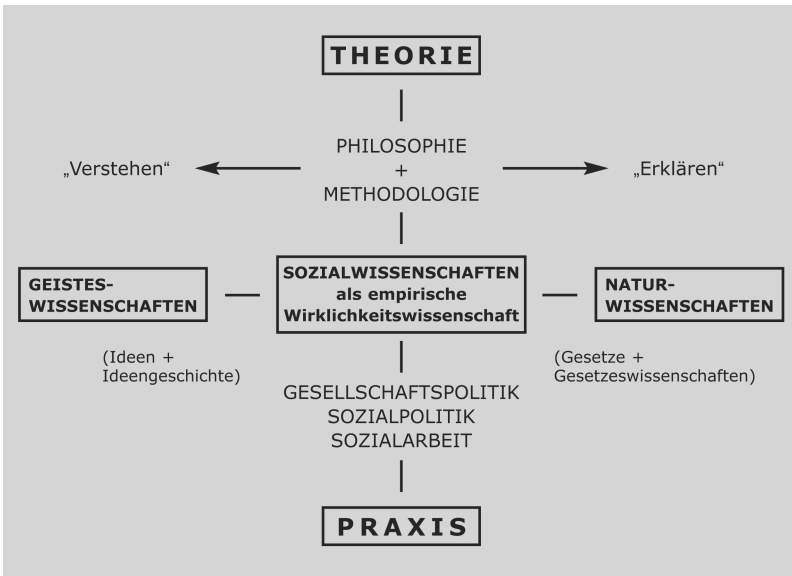


Abb. 1:
Die drei Kulturen. Sozialwissenschaften im Fadenkreuz von Geistes- und Naturwissenschaften

Wer erklären will, braucht Theorie und/oder Methode für seine Analyse – am besten beides und das im richtigen Theorie/Methoden-Mix. Man sollte also nicht von einem Problem direkt zur Analyse voranschreiten, sondern vermittelt über Theorie und Methode (s. Abb. 2, S. 42). Erst durch ein geeignetes Theorie- und Methodendesign wird aus der Soziologie eine Sozialwissenschaft, die mehr ist als eine Reportage aus dem Geiste des Journalismus, mehr auch als Sozialstatistik aus dem Geist des Empirismus und mehr als Historismus aus dem Geiste von Ranke.

Aber wie? Im Lichte dieser Frage möchte ich in drei Schritten zunächst die Herangehensweisen klären, sodann, was Theorie meint, um schließlich im Lichte der Funktionen von Theorien drei Wege der Konstruktion von Bezugsrahmen aufzuzeigen, was uns zu Friedhelm Neidhardts Thema „Logik – Soziologik“ führen wird.

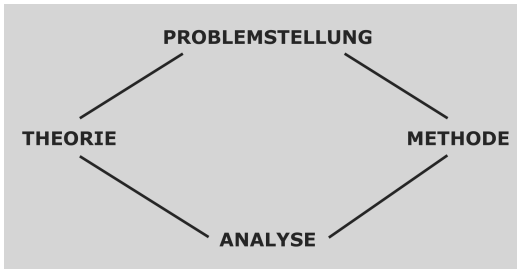


Abb. 2:
Das Grundproblem

1 Der Griff nach der sozialen Wirklichkeit

Jede sozialwissenschaftliche Analyse sollte versuchen, nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu erklären und zu beurteilen. Diese Trias – Beschreibung, Erklärung und Beurteilung – ist essenziell für Theoriebildung und Gesellschaftsanalyse. Zunächst steht, und das hat die Soziologie als historische Sozialwissenschaft mit der Geschichtswissenschaft gemeinsam (Müller/Schmid 1995: 12ff.), am Anfang jeglicher Bemühung um Analyse eine prägnante *Beschreibung*. Sie bedarf intimer Gegenstands- und Feldkenntnis, wie das etwa Bourdieu (1992) stets fordert, oder einer umfassenden Quellen- und Datenkenntnis, wie das die Historiker (Skocpol 1984) selbstverständlich voraussetzen. Die deskriptive Funktion der Analyse sucht die Frage „was geschieht?“ durch eine möglichst genaue Identifikation der Phänomene und Ereignisse, Fakten und Prozesse zu beantworten. Das Ziel solcher Beschreibungen ist ein erstes Gesamtbild, das den prozessualen Verlauf und die strukturelle Verortung des infrage stehenden Phänomens nachzeichnet (Wallerstein 1991: 135ff.). Dieser gemeinsame Boden, den Soziologie und Geschichtswissenschaft teilen, ist aus der Sicht der Sozialwissen-

schaft allerdings nur der erste Schritt, ja die Vorarbeit, um sich analytisch auf das Terrain der Erklärung vorzuwagen.

Das Feld der *Erklärung* ist natürlich weit und reicht von quantitativ-statistischen Aussagen bis zu sinnverstehenden Interpretationsversuchen. Stets geht es bei der explanatorischen Funktion soziologischer Analyse um die Frage nach dem „Warum?“ des beobachteten Geschehens und den Versuch, Ursachen, Triebkräfte und Mechanismen sozialer Prozesse zu bestimmen. Letztlich besteht das Ziel solcher Bemühungen immer darin, die Dynamik des Prozessgeschehens zu fassen. Im analytischen Idealfall erfolgt das durch eine abstrakte Modellierung des betreffenden Prozesses, die eine geordnete Identifizierung der Prozessvariablen, deren Relationen und Verkettungen, der externen Parameter des Geschehens, seiner Anfangs- und Randbedingungen usw. voraussetzt. Wohlgemerkt abstrahiert diese Modellbildung bewusst vom konkreten historischen Geschehen, um die formalen Verlaufskonturen des fraglichen Prozesses herauszufinden. Gleichgültig, wie ausgearbeitet das vorgeschlagene Modell ist, es verzichtet auf eine „Abbildung“ der konkreten sozialen Wirklichkeit; vielmehr beschränkt es sich darauf, deren wesentliche Struktur- und Prozessaspekte „nachzubilden“ oder, besser, zu rekonstruieren. Eine solche Rekonstruktion wird ohne eine erklärende Theorie, ja ohne den Rückgriff auf eine Gesellschaftstheorie nicht auskommen können und bleibt folglich auf die explikativen Leistungen der Handlungs- und Sozialwissenschaften angewiesen.

Erst auf dieser doppelten Basis, der historisch sorgfältigen Beschreibung und der theoriegestützten Erklärung, lässt sich eine *Beurteilung* sozialer Prozesse anschließen. Diese evaluative Funktion sucht die Frage „Was bedeutet das Geschehen?“ zu beantworten. Es geht also nicht einfach um Beschreibung und Erklärung eines Prozesses, sondern um den Versuch, dessen tieferen Sinn und Bedeutung zu ergründen. Die Deutung der Bedeutung und die Verfügbarmachung des Sinnes erstrecken sich nicht nur auf die Implikationen und Konsequenzen des fraglichen Geschehens für Kultur, Gesellschaft und Lebensführung – sind

	Beschreibung	Erklärung	Beurteilung
Funktion	<i>Description</i>	<i>Explanation</i>	<i>Evaluation</i>
Frage	„Was geschieht?“	„Warum geschieht das?“	„Was bedeutet das Geschehen?“
Gegenstand	Erfassung der Phänomene (Ereignisse, Fakten, Prozesse – en détail – in ihrer Gestalt)	Triebkräfte Mechanismen und deren Verkettung	Sinn und Bedeutung, Implikationen und Konsequenzen für Kultur, Gesellschaft und Lebensführung
Fokus	Sozio-Logik	Logik	Folgewirkungen (das reflexive Moment)
Ziel	Gesamtbild	Dynamik des Wandels	Zeitdiagnose: Fortschritt oder Rückschritt
Mittel	Chronologie des Wandlungsprozesses	Modellierung des Wandlungsprozesses	Interpretation des Wandlungsprozesses
Selbstbezug	Selbstthematisierung	Selbsterforschung/ Selbstdurchdringung	Selbsteinschätzung/ Selbstgewissheit
Referenzwissen	Geschichtswissenschaft	Sozialwissenschaften	Sozialphilosophie, Politik, gesellschaftliche Praxis
Analysetypus	Gesellschaftsgeschichte	Gesellschaftstheorie	Gesellschaftsdiagnose

Abb. 3:
Sozialer Wandel

das doch Fragen und sachliche Beurteilungen, die durchaus noch im (fach-)wissenschaftlichen Rahmen diskutiert werden können. Vielmehr soll darüber hinaus – und an diesem Heraustreten aus dem engeren fachlichen Rahmen der Soziologie dürfte die Gesellschaft ein besonderes Interesse haben – das grundsätzliche Urteil gefällt werden, ob das Geschehen „gut“ oder „schlecht“, „sinnvoll“ oder „sinnlos“ ist, ob wir mit „Fortschritt“ oder „Rückschritt“ zu rechnen haben, kurz: ob es der weiteren Kultur-

und Zivilisationsentwicklung dienlich ist. Ein besonders heikles Problem ist eine solche normative Beurteilung natürlich allemal – verstoßen wir damit nicht gegen Webers Gebot der Werturteilsfreiheit? Nicht notwendigerweise, wenn man Webers (1973) eigene Maßstäbe soziologischer Urteilskraft zugrunde legt. Im Schnittfeld von Philosophie und Soziologie, normativer und empirischer Wissenschaft etwa, ist es sinnvoll, wenn man untersucht, ob das Sollen und auch das Wollen Können impliziert. Wo das negativ beurteilt wird, kann man das infrage stehende Ideal gleich ins Reich der Utopie oder der schieren Wünschbarkeit verweisen und auf die Gefahren aufmerksam machen, welche die mangelnde Machbarkeit dann für alle gesellschaftlichen Realisierungsversuche mit sich bringt (s. Abb. 3).

2 Der Griff in die Theoriekiste

Um die sozialwissenschaftliche Analyse in Gestalt von Beschreibung, Erklärung und Beurteilung vorantreiben zu können, so hatten wir gesagt, benötigt man „Theorie“. Was meint Theorie und welche Arten von Theorien gibt es?

Im wissenschaftlich-technischen Zeitalter vergessen wir allzu leicht, dass Theorie oder Wissenschaft allgemein keineswegs die einzige Form des Wissens darstellt. Vielmehr gibt es Ideologien, Religionen, Esoterik, Zauberei und alle möglichen Formen von Weltanschauungen, die nicht streng wissenschaftlicher Natur sein müssen und doch Eingang in unser Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsrepertoire finden. Als rational-aufgeklärte Menschen schenken wir eher wissenschaftlich geprüftem Wissen Vertrauen, und doch glauben wir sonst auch noch an alles Mögliche, z.B. an die Sterne oder Wettervorhersagen.

Was versteht man nun unter Theorie? Ich definiere Theorie als geordnete Menge von Propositionen mit einer bestimmten Reichweite, die zwei Funktionen hat:

1. eine ordnende, systematisierende und kodifizierende Funktion;
2. eine hypothesengenerierende Funktion.

Im Grunde genommen habe ich damit in *eine* Definition die beiden Typen von Theorie inkorporiert, die man eigentlich systematisch unterscheiden sollte:

1. *allgemeine* Theorien, häufig auch Paradigmen (Kuhn 1973) und wissenschaftliche Forschungsprogramme (Lakatos/Musgrave 1970) genannt, die vor allem einen Begriffsapparat und eine gemeinsame Sprache den Sozialwissenschaften bereitstellen, mit der Forscher arbeiten können.
2. *spezifische* Theorien, die einen bestimmten Gegenstand konzeptualisieren und ein Set von empirisch testbaren Hypothesen zur Verfügung stellen, die Forscher ihrerseits in ihren Studien prüfen können.

Häufig werden diese beiden Typen voneinander nicht hinreichend geschieden, zumal es sich wirklich nur um eine analytische Unterscheidung handelt. Natürlich sollten auch allgemeine Theorien nicht nur einen Begriffsapparat bereitstellen, sondern etwas über die soziale Wirklichkeit aussagen. Auch wenn sie vielleicht nicht gerade die Hypothesengenerierung anregen, weil sie dazu zu abstrakt sind, ist der konzeptuelle Apparat selbst schon geronnene Wirklichkeitserfahrung etwa der Verfassung moderner Gesellschaften. Und häufig gehen sie ineinander über. Ein Beispiel: In den 50er und 60er Jahren entstand als Reaktion auf die übermächtige Ordnungs- und Konsensustheorie von Talcott Parsons die so genannte Konflikttheorie (Collins 1973) in losem Anschluss an Karl Marx und Max Weber, so etwa bei John Rex in England, Ralf Dahrendorf in Deutschland und Thomas Schelling in Amerika. Zweifelsohne ist die Konflikttheorie eine allgemeine Theorie oder ein Paradigma, zugleich beheimatet sie eine ganze Familie von Konflikttheorien und -theoremen. Ausgehend von der grundlegenden Unterscheidung, ob es sich um Wert- und Identitätskonflikte oder Verteilungskonflikte handelt, kann man Theorien aufstellen über ethnischen Konflikt, Klas-

senkonflikt, politischen Konflikt zwischen Staaten (der Realismus und Neorealismus von „International Relations“), Geschlechterkonflikt oder Kulturkonflikt. Immer werden um einen Kern von theoretischen Annahmen, schließlich dreht es sich in allen Fällen um Konflikt, gegenstandsbezogene und damit die Besonderheit des Untersuchungsobjektes respektierende spezifische Theorien aufgestellt: Ethnie, Klasse, Nationalstaaten, „gender“ oder Kultur.

Die großen Theorien oder Großtheorien, die wir haben, sind in diesem Sinne allesamt auch und vor allem Paradigmen oder Schulen wie etwa der Marxismus, Funktionalismus, Strukturalismus, die Kritische Theorie, der Feminismus und die Geschlechterforschung, die International Relations oder die International Political Economy. Ähnliches gilt für den Gegensatz von Handlungstheorie und Systemtheorie (vgl. Alexander et al. 1987; Müller 1992; Schimank 2000).

Da der Begriff des Paradigmas ebenfalls nicht unumstritten ist, schlage ich vor zu unterscheiden zwischen Sozialtheorie, sozialwissenschaftlicher Theorie und Gesellschaftstheorie. *Sozialtheorien* behandeln die allen Sozialwissenschaften gemeinsamen genuinen Probleme wie:

1. Was heißt Handeln und was ist ein Akteur?
2. Was heißt soziale Struktur, was heißt soziales System?
3. Wie ist das Verhältnis von Handeln und Struktur zu konzeptualisieren?
4. Wie wird das Aggregationsverhältnis zwischen Mikro-, Meso-, Makro- und globalen Phänomenen gefasst und wie relationiert die Theorie die Ebenen von Interaktion, Organisation und Gesellschaft (vgl. Giddens 1984; Luhmann 1997; Smelser 1997)?

Die Leistungen von Sozialtheorien beziehen sich nicht in erster Linie darauf, ob und wie sie die soziale Wirklichkeit erklären, sondern ob und wie sie diese theoretischen Probleme so lösen, dass man einen elaborierten Bezugsrahmen für die eigenen Stu-

dien gewinnt. Ihre Leistung ist vor allem theoretischer, nicht so sehr empirischer Natur.

Sozialwissenschaftliche Theorien umfassen das gesamte Arsenal von Einzeltheorien über spezifische Gegenstände. Ihre Leistung besteht in der Erklärung der empirischen Wirklichkeit oder von Ausschnitten derselben.

Gesellschaftstheorien scheinen eine Spezialität der Soziologie zu sein. Seit ihren Anfängen hat sie versucht, das gesamte Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse zu konzeptualisieren und zu erklären. Beispielsweise begriff Tocqueville Demokratie nicht nur als Regierungsform – wie heute üblich –, sondern als Lebensform; ebenso verstand Marx unter Kapitalismus nicht nur eine Wirtschaftsweise, sondern eine Lebensweise. Gesellschaftstheorien vereinigen damit drei Leistungen auf sich, die heute nur noch schwer zu meistern sind:

1. der Entwurf eines theoretischen Begriffsapparats, bezogen auf die zu analysierende Gesellschaft – in diesem Sinne „Gesellschaftstheorie“;
2. die Untersuchung der zeitgenössischen Gesellschaft im Lichte des eigenen Bezugsrahmens – in diesem Sinne „Gesellschaftsanalyse“;
3. die Zeitdiagnose und Kritik von Missständen, Problemen und Krisen, die dem Gesellschaftstyp chronisch innewohnen – in diesem Sinne „Gesellschaftskritik“.

Heute hingegen scheinen 1–3 (vgl. dennoch Runciman 1983, 1989, 1997) nicht mehr ohne weiteres ineinander zu greifen.

3 Die Magie der Theorie

Worin bestehen nun die Leistungen einer Theorie? Wozu also Theorie? Nach meiner Auffassung liegen die möglichen Leistungen jeder Theorie in ihren vier Funktionen. Dieser Funktions- und Leistungskatalog (vgl. Abb. 4) beansprucht nicht vollständig

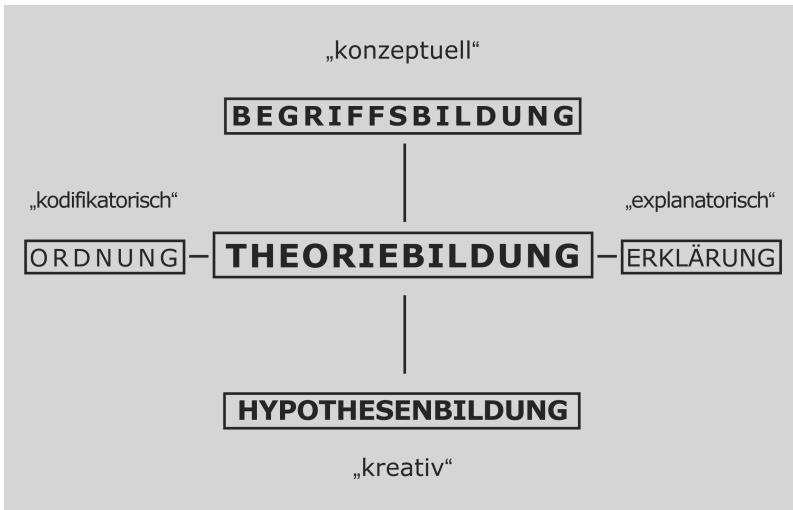


Abb. 4:
Funktionen von Theorien

zu sein, ermöglicht jedoch, die vorrangigen Errungenschaften einer Theorie zu umschreiben.

1. Die *konzeptuelle* Funktion liegt in der Begriffsbildung. Eine Theorie, welcher Art auch immer, stiftet einen Leitbegriff oder einen Katalog von meist untereinander verbundenen Begriffen, welche die Analyse anleiten können. Sie sind gleichsam die Stangen im Nebel oder die Axt, mit der man sich eine Schneise durch das Dickicht der Bäume schlägt, ohne die es keinen Blick auf den Wald gibt. Nehmen wir nur nochmals die Klassiker: Demokratie und Despotismus (Tocqueville), Kapitalismus und Ausbeutung (Marx), Rationalisierung und Bürokratisierung (Max Weber), Industrialisierung und Anomie (Emile Durkheim).
2. Die *kreative* Funktion der Theoriebildung liegt in der Hypothesengenerierung, mit der die empirische Analyse angeregt wird. Diese innovative Leistung markiert den analytischen Mehrwert theoretisch angeleiteter Untersuchungen.
3. Die *kodifikatorische* Funktion einer Theorie sorgt für die Ordnung im Theoriegebäude – eine bewährte Theorie, viel-

fach getestet, wird auf diese Weise immer reicher und ein reifes Instrument, dessen man sich um so lieber bedient, je erfolgreicher sie ist.

4. Schließlich die *explanatorische* Königsfunktion – das ist die Erklärung. Alles Theoretisieren könnte man sich sparen, wenn es nicht gelänge, soziale oder politische Phänomene schlussendlich zu erklären. Erklärungen umschreiben stets Versuche, ein Explanandum zurückzuführen auf ein Explanans, also Ursachen oder Faktorenbündel, die für den fraglichen Sachverhalt verantwortlich zeichnen.

In der sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion grassierte stets die Frage, welche Art von Theorie für diese vier Funktionen am besten geeignet ist. Die beiden konkurrierenden Kandidaten: Grand Theories oder Großtheorien auf der einen Seite und Theorien Mittlerer Reichweite (vgl. Parsons 1951; Merton 1968) auf der anderen Seite. Dieser Streit ist eigentlich bis auf den heutigen Tag (vgl. Barlösius/Müller/Sigmund 2001; Hedström/Swedberg 1998) unentschieden. Von ihren Versprechungen her müssten wir alle zu Großtheoretikern werden, aber es gibt auch unübersehbare Nachteile. Die Theorien Mittlerer Reichweite scheinen bescheidener aufzutreten, versprechen nicht so viel und scheinen dadurch gerade in der gegenwärtigen Lage und Situation vielversprechender (s. Abb. 5). Entscheiden müssen wir diesen Streit an dieser Stelle nicht, vielmehr gilt es zu wählen – im Lichte des eigenen Themas und der gewählten Problem- und Fragestellung.

Was tun? Nach dem Grad der „Theoretizität“, so mein Vorschlag, kann man drei analytisch distinkte Formen des Bezugsrahmens unterscheiden: den formalen, den konzeptuellen und den theoretischen Bezugsrahmen.

Erstens lässt sich das Argumentationsmaterial rein *formal* nach einigen festgelegten Kriterien organisieren und übersichtlich anordnen; in diesem Sinne gewährt ein formaler Bezugsrahmen eine erste Orientierungs- und Ordnungsleistung, trägt aber seinerseits nicht zur Erstellung von Hypothesen bei; er hat eine

Grand Theory	Ideal	Komprehensivität ↓ Ideal der analytischen Vollständigkeit	Kohärenz ↓ Ideal der theoretischen Ordnung (Theorie als Haus)	Kodifikation ↓ Ideal der „höheren Synthese“	Kreativität ↓ Ideal des theoretischen „Mehrerts“
	Problem	Hiatus zwischen Theorie und empirischer Forschung	Hiatus zwischen Natur- und Sozialwissenschaft	Hiatus zwischen <i>einer</i> Theorie und multipler Realität	Hiatus zwischen Theorie als System und dem unsystematischen Charakter der sozialen Wirklichkeit
Middle Range Theory	Ideal	Zentralität ↓ Konzentration auf zentrale Bausteine der Theorie (Analyse > Theorie)	Offenheit ↓ Ideal der Revision im Lichte empirischer Erfahrung (Theorie als Steinbruch)	Sparsamkeit ↓ Ideal des minimalen Modells	Kreativität ↓ Ideal des „theoretischen“ Mehrerts durch Konfrontation Theorie – Analyse
	Problem	analytische Vollständigkeit	Verbindlichkeit des Rahmens (u.U. theoretische Anomie)	Irritierbarkeit der Theorie durch Analyse	Theoretische Kontrolle des Erkenntnisfortschritts

Abb. 5:
Grand Theory versus Middle Range Theory

Ordnungs- und keine theoretische Funktion. Prominente Beispiele für diese Kategorie von Bezugsrahmen sind etwa: Parsons' Unterscheidung in soziale und nicht-soziale Objekte und letztere weiter in physische und kulturelle Objekte, auf die hin sich ein Akteur prinzipiell orientieren kann. Oder Luhmanns beliebte Unterscheidung von Tatbeständen in zeitlich, sachlich und sozial. Bei historischen Arbeiten ist natürlich die Chronologie

äußerst beliebt, sei es die Magie der runden Zahlen oder der so genannten Wendepunkte (wie 1945, 1968 oder 1989) oder seien es Phasen oder Perioden, in die man das behandelte Geschehen einteilt.

Während ein solcher formaler Bezugsrahmen immer ad hoc eingeführt werden kann, ohne den Tatsachen und Ereignissen allzu große Gewalt anzutun, trifft das – zweitens – auf den *konzeptuellen* Bezugsrahmen nicht zu. Ein solcher Bezugsrahmen hat konditionierende und kontrollierende Funktion. Er *konditioniert*, indem er die Dimensionen der Analyse im Lichte der Problemstellung vorgibt, die Kriterien der Selektion von Tatsachen benennt und die Hypothesenerzeugung bestimmt. Er *kontrolliert*, denn der konzeptuelle Rahmen gewährt zu jeder Zeit die Prüfung der Frage, ob die materiale Analyse die Problemstellung angemessen aufnimmt und eine Reihe von plausiblen Antworten bereithält. Ein konzeptueller Bezugsrahmen ist zwar nicht beliebig zu handhaben, doch dafür kommt ihm bereits ein eminent theoretischer Stellenwert zu: Er ist die Basis für die Hypothesenbildung. Ein Beispiel ist etwa die Systemtheorie als Kalkül, die mit den Konzepten System, Struktur und Funktion materialen Sachverhalten ihre systemhafte Logik anträgt.

Drittens enthält dagegen ein *theoretischer* Bezugsrahmen vollends alle Elemente einer entwickelten Theorie. In dem Maße seiner erfolgreichen Anwendung und überzeugenden Erklärungsleistungen gewinnt er den Status eines legitimen Erklärungsmodells für einen fraglichen theoretischen Sachverhalt. Beispiel hierfür wäre etwa die voluntaristische Handlungstheorie von Talcott Parsons (1968) – der „Handelnde-in-Situation“ –, die den Versuch einer tragfähigen Synthese aus vorangegangenen handlungstheoretischen Bemühungen darstellt.

Die Entscheidung, welche Art von Bezugsrahmen man wählt, hängt sicher von Problemstellung und Methodenwahl mit ab. Bei den meisten historisch-empirischen Themen genügt ein formaler bis konzeptueller Bezugsrahmen. Hier sollte man sich an dem vorhandenen Theorienbestand orientieren. Zwei Optionen sind

prinzipiell möglich: Man orientiert sich an einer Theorie oder Theorietradition und schreibt die eigene Arbeit im Lichte dieser Theorie. Oder man nimmt sämtliche infrage kommenden Theorien und lässt sie in der eigenen Analyse gegeneinander konkurrieren, um am Ende zu entscheiden, wer den „beauty-contest“ dank größter Erklärungskraft und/oder Anwendbarkeit gewonnen hat. Natürlich ist als „dritter Weg“ jede Form des kreativen Eklektizismus möglich, solange er selbst wieder gut begründet ist und in der Analyse weiterführt. Theorien sind wahr oder falsch und mehr oder weniger nützlich, aber entscheidend ist und bleibt, ob und wie stark sie die eigene Analyse vorantreiben.

Man könnte dafür viele gelungene Beispiele aus den Sozialwissenschaften anführen. Das kann ich mir indes sparen, denn Friedhelm Neidhardts Verdienst ist es, Theorie und Empirie in der Forschung in kongenialen Kontakt gebracht zu haben, ob es sich um Familie (1965, 1975), soziale Schichtung (1967), Öffentlichkeit (1994a, 1994b, 1994c, 1995), Gruppen (1983), Terrorismus (1981, 1982, 1985, 2004), soziale Bewegungen (1994c) oder Kultur und Gesellschaft (Neidhardt/Lepsius/Weiß 1986) handelt. Das Geheimnis seines Erfolgs hatte ich schon eingangs seiner Georg Simmel-Vorlesungen an der Humboldt-Universität im Jahre 2000 hervorgehoben. Zwei Dinge sind es: „state of the art“ und empirische Anschlussfähigkeit. Mit theoretischer Offenheit und methodischer Pragmatizität werden die Probleme stets in den Kontext ihrer ideengeschichtlichen und theoretischen Bezüge gestellt; dann aber wird, mitleidlos und zuweilen rigoros, die Gretchenfrage nach der empirischen Bearbeit- und Untersuchbarkeit aufgeworfen und, intersubjektiv nachprüfbar, konstruktiv gelöst. Das macht jede seiner Arbeiten zu einem Paradigma soziologischen Denkens und Forschens, an dem sich Studierende und Kollegen orientieren können.

Literatur

- Albert, Gerd/Bienfait, Agathe/Wendt, Claus/Sigmund, Steffen* (Hrsg.) (2003): *Das Weber-Paradigma*. Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Alexander, Jeffrey L./Giesen, Bernhard/Münch, Richard/Smelser, Neil J.* (Hrsg.) (1987): *The Micro-Macro Link*. Berkeley/Los Angeles: Univ. of California Press.
- Barlösius, Eva/Müller, Hans-Peter/Sigmund, Steffen* (Hrsg.) (2001): *Gesellschaftsbilder im Umbruch. Soziologische Perspektiven im Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bourdieu, Pierre* (1992): *Les règles de l'art*. Paris: Seuil.
- Coleman, James S.* (1990): *Foundations of Social Theory*. Cambridge: Harvard Univ. Press.
- Collins, Randall* (1973): *Conflict Sociology*. New York: Academic Press.
- Erikson, Kai* (Hrsg.) (1997): *Sociological Visions*. Boston: Rowman & Littlefield.
- Esser, Hartmut* (1993): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Giddens, Anthony* (1984): *The Constitution of Society*. Berkeley/Los Angeles: Univ. of California Press.
- Hedström, Peter/Swedberg, Richard* (Hrsg.) (1998): *Social Mechanisms. An Analytical Approach to Social Theory*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Kuhn, Thomas* (1973): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lakatos, Imre/Musgrave, Alan* (Hrsg.) (1970): *Criticism and the Growth of Knowledge*. Cambridge: Harvard Univ. Press.
- Luhmann, Niklas* (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bde. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Merton, Robert K.* (1968): *Social Theory and Social Structure*. New York/London: The Free Press.
- Müller, Hans-Peter* (1992): *Sozialstruktur und Lebensstile*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Müller, Hans-Peter/Schmid, Michael* (Hrsg.) (1995): *Sozialer Wandel*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Neidhardt, Friedhelm* (1965): Schichtenspezifische Vater- und Mutterfunktionen im Sozialisationsprozeß. In: *Soziale Welt* 16, S. 339–348.
- Neidhardt, Friedhelm* (1967): *Soziale Schichtung und soziale Stabilität*. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. München.
- Neidhardt, Friedhelm* (1975): *Die Familie in Deutschland*. 4. Aufl. Opla-

den: Leske + Budrich.

Neidhardt, Friedhelm (1981): Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. Notizen am Beispiel einer terroristischen Gruppe. In: Heine von Alemann/Peter Thurn (Hrsg.), *Soziologie in weltbürgerlicher Absicht*. Festschrift für René König zum 75. Geburtstag, Opladen: Westdeutscher Verl., S. 243–258.

Neidhardt, Friedhelm (1982): Linker und rechter Terrorismus. Erscheinungsformen und Handlungspotentiale im Gruppenvergleich. In: Wanda von Baeyer-Katte/Dieter Claessens/Hubert Feger/Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Gruppenprozesse*. Opladen: Westdeutscher Verl., S. 433–476.

Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) (1983): *Gruppensoziologie*. Sonderheft 25 der KZfSS. Opladen: Westdeutscher Verl.

Neidhardt, Friedhelm (1985): Große Wirkungen kleiner Reize – symbolisch vermittelt. Zur Soziologie des Terrorismus. In: Burkhardt Lutz (Hrsg.), *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung*. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund. Frankfurt/New York: Campus, S. 322–333.

Neidhardt, Friedhelm (1994a): Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsprobleme der Wissenschaft. In: Wolfgang Zapf/Meinolf Dierkes (Hrsg.), *Institutionenvergleich und Institutionendynamik*. WZB-Jahrbuch, Bd. 1. Berlin: sigma, S. 39–56.

Neidhardt, Friedhelm (1994b): Öffentlichkeit und Selbstkontrolle: Die Rolle der Experten. In: *ZUMA-Nachrichten* 35, Jg. 18, S. 18–27.

Neidhardt, Friedhelm (1994c): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Sonderheft 24 der KZfSS. Opladen: Westdeutscher Verl.

Neidhardt, Friedhelm (1995): Prominenz und Prestige. Steuerungsprobleme massenmedialer Öffentlichkeit. In: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.): *Jahrbuch 1994*. Berlin: Akademie Verl., S. 233–245.

Neidhardt, Friedhelm (2004): Zur Soziologie des Terrorismus. In: *Berliner Journal für Soziologie* 14, Heft 2 (i. E.).

Neidhardt, Friedhelm/Lepsius, M. Rainer/Weiss, Johannes (Hrsg.) (1986): *Kultur und Gesellschaft*. Sonderheft 27 der KZfSS. Opladen: Westdeutscher Verl.

Parsons, Talcott (1951): *The Social System*. London: Routledge.

Parsons, Talcott (1968 [1937]): *The Structure of Social Action*. New York: The Free Press.

Runciman, Walter G. (1983, 1989, 1997): *A Treatise on Social Theory*. 3 Bde. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Schimank, Uwe (2000): *Handeln und Strukturen*. Weinheim/München: Juventa.

Skocpol, Theda (Hrsg.) (1984): *Vision and Method in Historical Sociology*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Smelser, Neil J. (1997): *Problematics of Sociology. The Georg Simmel Lectures 1995*. Berkeley/Los Angeles: Univ. of California Press.

Turner, Jonathan H. (1998): *The Structure of Sociological Theory*. Belmont: Wadsworth.

Wallerstein, Immanuel (1991): *Unthinking Social Science. The Limits of Nineteenth Century Paradigms*. Cambridge/Oxford: Polity Press.

Weber, Max (1973 [1904/1905]): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. von Johannes Winckelmann, 4. Aufl. Tübingen: Mohr.

Friedhelm Neidhardt

Logik – Soziologik

Ich konnte ja damit rechnen, dass am heutigen Nachmittag von mir die Rede sein würde. Ich durfte mir auch vorstellen, dass dabei nichts auffällig Ausfälliges über mich verbreitet werden würde. Schon nach den Regeln der klassischen Rhetorik geht es bei einer Lobrede ja nicht nur darum, am Objekt der Würdigung „*das Gute zu verschönern*“, wie es bei Cicero heißt, sondern auch „*das Schlimmere gänzlich zu verdecken*“. In diesem Sinne ist meinen Vorrednern eine mir sehr bekömmliche Einseitigkeit gelungen. Ich nehme ihre Würdigung dann auch ohne den Versuch an, die Dinge, die mich betreffen, zurechtzurücken. Vielmehr danke ich sehr herzlich für das, was über mich gesagt, und für das, was über mich nicht gesagt wurde. Ich vergnüge mich an dem Lob über diesen Tag hinaus. Es ist schön, von einer Universität geehrt zu werden, die dabei ist, ihren großen Ruhm einzuholen. Und es ist schön, nun *honoris causa* einem Institut zugerechnet zu werden, das zu den Besten des Landes gehört.

Nun zu meinem angekündigten Thema „*Logik – Soziologik*“ – dies aber mit dem Blick auf die Uhr kürzer als ursprünglich geplant. Als ich nämlich vor mehr als zwei Monaten aufgefordert war, für den Einladungsdruck den Titel meines akademischen Beitrags zu dem heutigen Zeremoniell anzugeben, konnte ich nicht wissen, wie viele Kollegen sich für heute Nachmittag vorgenommen hatten, mich zuerst einmal gar nicht zu Wort kommen zu lassen. Nachdem ich ihnen zugehört habe, bin ich versucht, es wie jener Freund zu halten, von dem Kurt Tucholsky berichtet, er habe sich, wenn genötigt, bei einer Tischgesellschaft einen Toast von sich zu geben, immer damit begnügt zu sagen: *Meine Damen und Herren – ich komme nun zum Schluss!* So schnöde will ich nun doch nicht vor Sie hin- und sofort wieder abtreten. Ich möchte meine Rede aber dadurch abkürzen, dass

ich Ihnen im Folgenden an einigen Stellen nur sage, was ich eigentlich hätte sagen wollen.

Ich hätte Ihnen eigentlich sagen und rundum ausführlich begründen wollen, dass mein heutiges Vergnügen neben allem Sonstigen auch durch die anhaltende Lust an jener Wissenschaft bestimmt wird, in die man mich nun zum zweiten Mal promoviert, also die Soziologie. Und das hängt mit Folgendem zusammen:

Soziologie hat es, wenn sie sich die Gesellschaft zur Beschreibung und Analyse vornimmt, mit Handlungsfeldern zu tun, die sich den glasklaren, eindeutig ausrechenbaren, deshalb aber auch ziemlich überraschungsfreien, um nicht zu sagen: langweiligen Regeln der Logik nur sehr begrenzt fügen. Soziologie selber muss sich natürlich an die Regeln der Logik halten, um ihren akademischen Auftrag erfüllen zu können – die gesellschaftliche Praxis muss dies aber nicht unbedingt. Gesellschaft ist nämlich – anders als die Wissenschaft – keine Veranstaltung zur Bearbeitung von *Wahrheitsfragen*. Es geht in ihrer Praxis vornehmlich um *Handlungsfragen*, die unter dem Druck widersprüchlicher Überzeugungen und Interessen ihrer Bürger und in Abhängigkeit von wechselnden, oft unvorhersehbar rasch und sprunghaft wechselnden, Umständen zu lösen sind.

Handlungsfelder, die unter solchen Bedingungen operieren, können es sich gar nicht leisten, ihre Ordnung nach den rigiden Regeln klassischer Logik einzurichten. Wahrheitsfragen delegieren sie vornehmlich an die Wissenschaft, für bestimmte Notfälle auch an die Gerichte. Dass nach Maßgabe eines *principium contradictionis*, des Kernsatzes der aristotelischen Logik, einander widersprechende Sätze nicht zusammen wahr sein können, dass zwischen ihrem Widerspruch nichts vermitteln kann, dass es also immer nur ein Entweder-oder gibt¹ – dies wäre für die gesellschaftliche Praxis eine völlig unterkomplexe, überdies eine gefährliche Regel. Gesellschaften könnten ihre Widersprüche nämlich nur loswerden, wenn sie ihre Bürger in dem Zustand der Friedhofsruhe verängstigen oder gar töteten würden. Überlebenswillige Gesellschaften sind deshalb Veranstaltungen nicht

zur Ausmerzung, sondern zur Zivilisierung von Widersprüchen. Und sie erreichen dies nur durch kunstvolle Vorkehrungen der zeitlichen, sachlichen und sozialen Trennung unverträglicher Geltungsansprüche. Dies ist Teil jener Technik, die Georg Simmel für „eine der größten Erfindungen der Menschheit“ hielt, nämlich des *Kompromisses*.² Kompromiss aber kommt nur unter Beachtung der jeweils vorhandenen Opportunitäten zustande, weshalb die gesellschaftliche Praxis sich weit unterhalb ihrer heroischen Tugendrhetorik seit jeher mit *Opportunismus* am Leben erhält – mit einem Opportunismus, der sich nun auch mit den Reinheitsgeboten logischen Denkens schlecht verträgt.

Das Alltagsdenken – und das muss der Soziologe immer wieder lernen – stört sich nicht an den „mal-so, mal-so“-Prinzipien sozialer Praxis, solange dieser das Eine wie das Andere jeweils in den Kram passt. Vielleicht bietet nichts einen besseren Eindruck von der scheinbaren Beliebigkeit der *Soziologie* als der sog. „*Common sense*“. Von diesem behauptete Clifford Geertz mit Recht, seine „*Weisheit*“ stelle sich als ein „*schamloses und vorbehaltloses ad-hoc-Wissen*“ dar.³ Wenn man etwa Karl Simrocks Sammlung von genau 12.396 deutschen Sprichwörtern⁴ auch nur durchblättert, merkt man schnell, dass sie insgesamt ein „*Potpourri disparater Inhalte*“ darstellt, um noch einmal ein Wort von Geertz zu benutzen – ein Konvolut nämlich, das für jede Situation sowohl eine Regel als auch deren gerades Gegenteil parat hält. Randbedingungen und deren Konstellationen entscheiden darüber, welche Selektionen jeweils opportun sind.

Zu dem Eindruck der Beliebigkeit trägt im Übrigen auch der liebliche Alltagsumgang mit Wörtern bei. Und dieser Umstand ist so folgenreich, dass man auch deshalb wünschen möchte, die Soziologie besäße, was sie nicht hat, nämlich eine beachtenswerte Sprachsoziologie. Mit Wörtern konstruieren sich gesellschaftliche Gruppen und alle Einzelnen die Welt, zu der sie sich verhalten wollen, und neue Wörter schaffen für sie neue Wirklichkeiten. Nur als Beispiel: Seitdem das Wort „*mobbing*“ in Umlauf kam, fühlen sich am Arbeitsplatz alle schlecht behandelt.

Solche Effekte entstehen dadurch, dass man zumindest im außerwissenschaftlichen Gebrauch von Wörtern in der Regel nicht wirklich weiß, was sie genau bedeuten. Für die Wissenschaft gilt das, was Alfred Schütz das „*Postulat der höchstmöglichen Klarheit und Deutlichkeit aller benutzten Begriffe und Vorstellungen*“⁵ genannt hat. Für die normale Praxis des sozialen Lebens wären entsprechende Definitionsregeln aber desaströs, wie die ethnomethodologischen Krisenexperimente Harold Garfinkels und seiner Studenten gezeigt haben.⁶ Dadurch, dass wir nicht so genau wissen, was ein Anderer mit einem bestimmten Wort meint, bleibt verborgen, dass er etwas ganz anderes meinen könnte, als wir glauben. Erst die Vagheit der Wörter sichert inmitten fundamentaler Ambivalenzen und Widersprüche jene Konsensfiktionen, von denen die Friedlichkeit normalen Lebens abhängt. Das gilt nicht nur für die niedere Sprachebene des Alltags, sondern zum Beispiel auch für die hohe Sprache des Grundgesetzes. Wären zum Beispiel Wörter wie „*Würde*“ und „*Freiheit*“ nicht so weitgehend leerformelartig, könnten sie kaum einen überzeitlichen Verfassungskonsens zwischen Bürgern sehr unterschiedlicher Überzeugungen und Interessen begründen – und das Bundesverfassungsgericht hätte dann auch nichts mehr zu tun.⁷

Eine semantisch eindeutige Bestimmtheit von Wörtern würde im Übrigen auch das intellektuelle Spiel mit ihnen unmöglich machen, das Vielen von uns manche Freude bereitet. *Ironie* zum Beispiel ergibt sich daraus, dass man nicht das meint, was man sagt – lebt also von der Zweideutigkeit von Wörtern. Auch der *Witz* spielt damit. Kanzler Helmut Schmidt sagte in Zeiten, als ihm die 68er Studenten noch auf die Nerven gingen: „*Sie bestreiten alles, nur nicht ihren Lebensunterhalt.*“ Hier ergibt sich die Heiterkeit der Nichtbetroffenen aus dem Überraschungseffekt, welcher mit der Umkontextuierung des Wortes „bestreiten“ entsteht. Ein anderes Beispiel, auch wieder aus der Politik. Sagte im Bundestag der Herr Schäuble zu dem Herrn Scharping: „*Herr Kollege, nachdem ich Sie heute früh habe reden hören, hat das Wort Morgengrauen für mich eine weitere Bedeutung bekommen.*“

Nun gibt es allerdings auch in Alltagssituationen Gelegenheiten, bei denen ein Sprecher wünschen muss, dass die Anderen, zu denen er spricht, seine Rede genau verstehen. Dazu dient eine kommunikative Praxis, die der Logiker mit dem Begriff der Tautologie benennt und verachtet. Nehmen Sie eine der sog. Yogi-Berra-Sentenzen, benannt nach einem berühmten amerikanischen Baseballspieler. Sie heißt: *„Ich mache nie Voraussagen, und schon gar nicht über die Zukunft.“* Dieser letzte Zusatz ist natürlich im formalen Sinne völlig überflüssig, also reine Zeitverschwendung. Im sozialen Gebrauch dient Redundanz aber semantischer Klärung und kommunikativer Verdeutlichung – was Aristoteles schon wusste, als er die Topik von der Logik absonderte und diese und nicht jene zur Grundlage der Rhetorik erhob. Bei Woody Allen liest man: *„Das Problem beim Hungerstreik ist, dass man nach ein paar Tagen ziemlich hungrig werden kann.“* Das muss man sich ja erst einmal richtig klar machen, bevor man aufhört zu essen, um nicht sich, sondern jemand anderen zu bestrafen. Manchmal verbirgt sich hinter Tautologien sogar eine subtile Theorie. Man kann das an einem Bonmot von Karl Kraus verdeutlichen. *„Nach einigem Nachdenken“*, heißt es bei ihm: *„Nach einigem Nachdenken kommt man darauf, dass sie ihre Beliebtheit ihrer Popularität verdanken.“* Mir erscheint dieser Satz als die kürzestmögliche Erklärung für jene Art Eigendynamik, mit der sich die sog. Prominenz entwickelt und unter bestimmten Bedingungen eine gewisse Weile lang auch erhält.

Man sieht, Verstöße gegen Regeln und Ableitungen der Logik können als Teile einer Soziologik Sinn machen, mehr noch: Sie bereiten auch, wenn kunstvoll eingesetzt, ein feines Vergnügen. Grund genug, sich diese durch akademischen Biedersinn nicht rundum diskreditieren zu lassen. Das gilt in besonderer Weise für den Soziologen, der immer in Gefahr ist, seinen Gegenstandsbe- reich mit den akademischen Maßstäben seiner eigenen Disziplin vermessen zu wollen und die Abweichungen von seiner eigenen Rationalität für irrational hält. Er hat dann große Probleme, mit diesen respektvoll umzugehen. Zum Beispiel dann, wenn er in den Reden von Politikern, Verbandsvertretern und Journalisten, aber auch in den Alltagsverständigungen einfacher Leute Argu-

mentationsstilen begegnet, die den klassischen Mustern der Syllogistik in nichts genügen – und in der Regel doch ihren praktischen Zweck erfüllen.⁸ Ich kann das hier nur noch andeuten.

Also: Gesellschaft funktioniert nur mit Widersprüchen, die sie nicht auflösen kann – mit Wörtern, die vage genug sind, um je nach Kontext unterschiedlich verstanden werden zu können – mit Argumentationen, die notorisch unvollständig, also defekt sind – mit Begründungen auch (darauf kann ich hier überhaupt nicht mehr eingehen), deren Ursachen mehr dekretiert als ermittelt sind. Die Spannung, die die Soziologie so spannend, die es ihr gleichzeitig aber auch so schwer macht, besteht darin, dass sie sich selber so ganz anders benehmen muss als der Gegenstand, dem sie sich widmet. Ich will dies noch an einem Beispiel verdeutlichen, nämlich an dem praktischen Umgang mit der Axiomatik der Grundrechenarten, mit denen sich die Logik berechenbar macht.

Natürlich gilt in der Soziologie die Arithmetik des $1 + 1 = 2$. Sie gilt für soziale Zusammenhänge aber nicht unbedingt. In den Tagebüchern Friedrich Hebbels kann man den Satz lesen: „*Solange es mehr als einen König gibt, gibt es keinen.*“ Soll heißen: Mehr ergibt weniger: $1 + 1$ ist weniger als 1. Umgekehrt gilt manchmal aber auch: Je weniger, umso mehr. Bei Sigmund Freud findet man die Rede vom „*Narzißmus der kleinen Differenzen*“⁹, soll heißen: vom wachsenden Interesse der Menschen an ihren Unterschieden, je geringer diese Unterschiede werden: $1 - 1$ mehr als 1. Man muss in der Soziologie die nichtlineare Mathematik bemühen, muss Fluktuationen, Diskontinuitäten, Phasensprünge, Schwellenwerte etc. begreifen, um die Mathematik des Sozialen wenn nicht verstehen, so doch wenigstens abbilden zu können. Das erscheint vor allem für die soziologische Prozessanalyse unabdingbar.¹⁰ Aber man wird mit der Artistik des nichtlinearen Denkens ganz unanschaulich und für das Alltagsdenken deshalb ziemlich nichtsnutzig.

Man kann mit höherer Mathematik auch keinen Vortrag bestreiten. Also lasse ich meine letzten Behauptungen jetzt so stehen,

um abschließend nur noch auf ein Problem kurz einzugehen – nämlich das Problem der *Null*. Mit ihr tut sich die Soziologie so schwer, dass sie ständig bemüht ist, sie abzuschaffen. Man merkt das zum Beispiel an den sehr sinnvollen Anstrengungen der Soziologen, nachzuweisen, dass im sozialen Verkehr *Nullsummenspiele*, bei denen Einer nur das gewinnen kann, was einem Anderen verloren geht, kaum vorkommen. Man merkt es auch bei dem beliebten Statistikverfahren der *Nullhypothese*, die ja nur eingerichtet wird, um widerlegt zu werden. Dabei ergibt sich das Leben fast ausschließlich aus den Möglichkeiten, die nicht stattgefunden haben. Dass es schwer ist, dieses überwältigende Nichts zu erklären, lässt sich an einem Witz verdeutlichen, den Paul Watzlawick in seiner „Anleitung zum Unglücklichsein“ erzählt hat. Er geht so:

Da trifft einer einen anderen, und der klatscht alle zehn Sekunden in die Hände. Fragt der eine den anderen: „Warum klatschst du denn in die Hände?“ – Sagt der: „Um die Elefanten zu verscheuchen.“ – „Elefanten?“, fragt der eine sehr verwirrt: „Aber es sind doch gar keine da.“ – Darauf der andere: „*Na, siehste!*“

Dieses „*Na, siehste!*“ ist der verstörende Triumph des Blöden über das, was wir normal und richtig finden. Das Verstörende ist, dass man das „*Aber es sind doch gar keine da.*“ auf eine argumentationslogisch triftige und empirisch überzeugende Weise kaum erklären kann. Es fällt deshalb auch so schwer, den Unsinn des „*Na, siehste!*“ zu diskreditieren.

Solange es dabei nur um das Ausbleiben von Elefanten geht, muss man das auch nicht unbedingt wollen.

Anmerkungen

- 1 Siehe zum Beispiel *Georg Klaus* (1959): Einführung in die formale Logik. Berlin (Deutscher Verl. der Wissenschaften), 62 ff.
- 2 *Georg Simmel* (1968): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 5. Aufl., Berlin (Duncker & Humblot), 250.
- 3 *Clifford Geertz* (1987): Common sense als kulturelles System, in: ders.: Dichte Beschreibung. Frankfurt a. M. (Suhrkamp), 284 f.
- 4 *Karl Simrock* (2003): Die deutschen Sprichwörter. Düsseldorf (Albatros).
- 5 *Alfred Schütz* (1971): Gesammelte Aufsätze I: Das Problem der sozialen Wirklichkeiten. Den Haag (Nijhoff), 289.
- 6 *Harold Garfinkel* (1973): Das Alltagswissen über soziale und innerhalb sozialer Strukturen, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd. 1. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt), 206 f.
- 7 *Friedhelm Neidhardt* (2000): Formen und Funktionen des gesellschaftlichen Grundkonsenses, in: Gunnar Folke Schuppert/Christian Bumke (Hg.): Bundesverfassungsgericht und gesellschaftlicher Grundkonsens. Baden-Baden (Nomos), 15–30.
- 8 Dazu schon Aristoteles mit seinem Begriff von „Enthymeme“ (*Gert Ueding/Bernd Steinbrink* (1986): Grundriss der Rhetorik. Stuttgart (Metzler), 25, 247f. – Neuerdings mit interessanten Forschungen über „fast and frugal heuristics“ *Gerd Gigerenzer/Peter M. Todd/The ABC Research Group*, 1999: Simple heuristics that make us smart. Oxford/New York (Oxford Univ. Press)).
- 9 *Sigmund Freud* (1978): Das Unbehagen in der Kultur, in: Werkausgabe in zwei Bänden, Bd. 2: Anwendungen der Psychoanalyse. Frankfurt a. M. (Fischer), 402.
- 10 Dazu lehrreich *Walter L. Bühl*, zum Beispiel in (1990): Sozialer Wandel im Ungleichgewicht: Zyklen, Fluktuationen, Katastrophen. Stuttgart (Enke); auch *Renate Mayntz* (1997): Soziale Diskontinuitäten, in: dies.: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Frankfurt a. M./New York (Campus), 115–142. – Empirische Fälle liefern u. a. Analysen von Eskalationsprozessen; siehe *Friedhelm Neidhardt* (1981): Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. Notizen am Beispiel einer terroristischen Gruppe, in: Heine von Alemann/Hans Peter Thurn (Hg.): Soziologie in weltbürgerlicher Absicht. Festschrift für René König zum 75. Geburtstag. Opladen (Westdeutscher Verl.), 243–257.

Friedhelm Neidhardt

- 1935 in Bielefeld geboren.
- 1954–1962 Studien in Hamburg, Kiel, Bloomington/Indiana, Buenos Aires.
- 1956–1957 Asta-Vorsitzender der Kieler Studentenschaft.
- 1962 Promotion.
- 1968 Habilitation.
- 1968–Professuren in Hamburg, Tübingen, Köln, Freie Universität Berlin.
- 1970–1971 Rektor der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik.
- 1970–1974 Vorsitzender der Familienberichtskommission des Deutschen Bundestags.
- 1973–1985 Fachgutachter der Alexander von Humboldt-Stiftung.
- 1976–1980 Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
- 1978–1995 Mitherausgeber der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.
- 1980–1987 Mitglied des Deutschen Wissenschaftsrats und ab 1985 Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission.
- 1987–1993 Vorsitzender des Kuratoriums der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS).
- 1988–2000 Direktor und Präsident (ab 1994) des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.
- 1991–1993 Gründungsbeauftragter des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
- 1993–Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.
- 1995–1999 Gründungsbeirat des Institute for European and German Studies an der Universität Birmingham.
- 1998–2001 Vorsitzender des Fachbeirats des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.

Ausgewählte Veröffentlichungen

- Familie in Deutschland, Opladen 1966.
- Die Junge Generation, Opladen 1967.
- Analysen zum Terrorismus, Opladen 1982 (mit D. Claessens/
H. Feger).
- Gruppensoziologie, Opladen 1983.
- Gewalt, Wiesbaden 1986.
- Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen,
Opladen 1994.
- Acts of Dissent. New Developments in the Study of Protest,
Berlin 1999 (mit D. Rucht/R. Koopmans).
- Die Stimme der Medien, Opladen 2004 (mit C. Eilders/
B. Pfetsch).

Manfred Erhardt

- 1939 in Stuttgart geboren.
- 1959–1964 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Berlin.
- 1964–1968 1. und 2. Juristische Staatsprüfung in Tübingen und Stuttgart.
- 1965–1969 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen.
- 1968 Promotion zum Dr. jur.
- 1969–1974 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Kultusministerium Baden-Württemberg, Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg.
- 1981–Lehrbeauftragter, seit 1988 Honorarprofessor für Öffentliches Recht der Universität Tübingen.
- 1984–1991 Ministerialdirektor und Amtschef des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg.
- 1989 Verdienstkreuz am Bande.
- 1991 Ehrenkurator der Export-Akademie Baden-Württemberg.
- 1991–1996 Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin.
- 1991 Präsident der Kultusministerkonferenz.
- 1996–Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Essen.
- 1996 Ehrenmedaille der Berliner Charité.
- 1997 Commandeur de l'Ordre National du Mérite République Française.
- 1999 Doctor of Laws honoris causa, York University, Toronto, Kanada.
- 2003 Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg.
- Zahlreiche Ehrenämter in Aufsichtsräten und Kuratorien, Vorsitzender des Technologierates des Landes Berlin, Präsident der Deutschen Schillergesellschaft, Marbach a. N.
- Zahlreiche Veröffentlichungen zu rechtswissenschaftlichen, wissenschaftsrechtlichen sowie bildungs- und hochschulpolitischen Themen.

Klaus Eder

- 1946 in Burgoberbach geboren.
- 1966–1971 Studium der Soziologie an den Universitäten Erlangen, Frankfurt, Washington & Lee University (USA) und Ecole Pratique des Hautes Études (Paris).
- 1976 Promotion an der Universität Konstanz.
- 1983 Habilitation an der Universität Düsseldorf.
- 1971–1983 Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften, Starnberg/München.
- 1983–1989 Forschungsleiter an der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung.
- 1989–1994 Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.
- Seit 1994 Professor für vergleichende Strukturanalyse an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ausgewählte Veröffentlichungen

- Geschichte als Lernprozeß? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland. Frankfurt a. M. 1985.
- The New Politics of Class. Social Movements and Cultural Dynamics in Advanced Societies, London 1993.
- The Social Construction of Nature, London 1995.
- European Citizenship. National Legacies and Postnational Projects, Oxford 2001 (hrsg. mit Bernd Giesen).
- Environmental Politics in Southern Europe. Actors, Institutions and Discourses in a Europeanizing Society, The Hague 2001 (hrsg. mit Maria Kousis).
- Collective Identities in Action, Aldershot 2002 (et al.).
- Die Einhegung des Anderen. Türkische, polnische und russlanddeutsche Einwanderer in Deutschland, Wiesbaden 2004 (et al.).

Hans Bertram

- 1946 in Soest (Westfalen) geboren.
1968–1973 Studium der Soziologie, Psychologie und Jura.
1981–1984 Lehrstuhl für Soziologie, Universität der Bundeswehr, München.
1984–1993 Vorstand und Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. München.
1986–1989 Mitglied der Kommission des Achten Jugendberichts des Deutschen Bundestages.
1996–2001 Mitglied der Zukunftskommission „Gesellschaft 2000“, Baden-Württemberg.
1998–1999 Fellow am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford USA.
1992–1997 Vorstandsvorsitz der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den Neuen Bundesländern, KSPW e.V.
1992–Professor für Mikrosoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin.
2001 Fellow am Hanse-Wissenschaftskolleg, Universitäten Bremen und Oldenburg.
2003–2005 Vorsitzender der Siebten Familienberichtskommission des Deutschen Bundestages.
2003 Mitglied der Kommission „Familie und demographischer Wandel“ der Robert-Bosch-Stiftung.

Ausgewählte Veröffentlichungen

- Die Familie in Westdeutschland. Stabilität und Wandel familiärer Lebensformen. Familien-Survey 1, Opladen 1991 (Hrsg.).
- Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit, Gütersloh 1997.

Hans-Peter Müller

1951 in Erfurt geboren.

1972–1977 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg.

1977–1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Hochschulassistent an den Universitäten Augsburg und Heidelberg sowie an der Universität der Bundeswehr München; Lehrstuhlvertretungen in Gießen und Mannheim.

1981 Promotion zum Dr. phil. an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Heidelberg.

1986–1987 John F. Kennedy-Fellow am Center for European Studies der Harvard University, Cambridge, Mass. USA.

1990 Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Heidelberg zum Thema: Sozialstruktur und Lebensstile.

1997–1999 Max-Weber-Gastprofessor an der New York University.

Seit 1992 Professor für Allgemeine Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ausgewählte Veröffentlichungen

- Hauptwerke der Ungleichheitsforschung, Opladen 2003 (hrsg. mit Michael Schmid).
- Deutschland im Abstieg? In: Merkur 58(8), 2004, Sonderheft, S. 721–725.
- Kultur und Lebensführung – durch Arbeit? In: G. Albert et al. (Hrsg.), Das Weber-Paradigma. Tübingen 2003, S. 271–297.
- Gesellschaftsbilder im Umbruch. Soziologische Perspektiven in Deutschland. Opladen 2001 (hrsg. mit E. Barlösius/S. Sigmus).
- Sozialstruktur und Lebensstile, Frankfurt/M. 1992 (2. Aufl. 1993).

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

- | | | | | | |
|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | <i>Volker Gerhardt</i>
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität | 14 | <i>Ludolf Herbst</i>
Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik | 26 | <i>Ludmila Thomas</i>
Rußland im Jahre 1900
Die Gesellschaft vor der Revolution |
| 2 | <i>Hasso Hofmann</i>
Die versprochene Menschenwürde | 15 | <i>Gert-Joachim Glaefner</i>
Demokratie nach dem Ende des Kommunismus | 27 | <i>Wolfgang Reisig</i>
Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen das Herkömmliche oder etwas grundlegend Neues? |
| 3 | <i>Heinrich August Winkler</i>
Von Weimar zu Hitler
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie | 16 | <i>Arndt Sorge</i>
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland | 28 | <i>Ernst Osterkamp</i>
Die Seele des historischen Subjekts
Historische Portraituren in Friedrich Schillers „Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung“ |
| 4 | <i>Michael Borgolte</i>
„Totale Geschichte“ des Mittelalters?
Das Beispiel der Stiftungen | 17 | <i>Achim Leube</i>
Semnonen, Burgunden, Alamannen
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte des 1. bis 5. Jahrhunderts | 29 | <i>Rüdiger Steinlein</i>
Märchen als poetische Erziehungsform
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen „Kinder- und Hausmärchen“ |
| 5 | <i>Wilfried Nippel</i>
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit | 18 | <i>Klaus-Peter Johné</i>
Von der Kolonienwirtschaft zum Kolonat
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung | 30 | <i>Hartmut Boockmann</i>
Bürgerkirchen im späteren Mittelalter |
| 6 | <i>Heinz Schilling</i>
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich | 19 | <i>Volker Gerhardt</i>
Die Politik und das Leben | 31 | <i>Michael Kloepfer</i>
Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland |
| 7 | <i>Hartmut Harnisch</i>
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800–1914 | 20 | <i>Clemens Wurm</i>
Großbritannien, Frankreich und die westeuropäische Integration | 32 | <i>Dietrich Benner</i>
Über die Aufgaben der Pädagogik nach dem Ende der DDR |
| 8 | <i>Fritz Jost</i>
Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen | 21 | <i>Jürgen Kunze</i>
Verfeldstrukturen | 33 | <i>Heinz-Elmar Tenorth</i>
„Reformpädagogik“
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen |
| 9 | <i>Erwin J. Haeberle</i>
Berlin und die internationale Sexualwissenschaft
Magnus Hirschfeld-Kolloquium, Einführungsvortrag | 22 | <i>Winfried Schich</i>
Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter: Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen | 34 | <i>Jürgen K. Schriewer</i>
Welt-System und Interrelations-Gefüge
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem Vergleichender Erziehungswissenschaft |
| 10 | <i>Herbert Schnädelbach</i>
Hegels Lehre von der Wahrheit | 23 | <i>Herfried Münkler</i>
Zivilgesellschaft und Bürgertugend
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung? | 35 | <i>Friedrich Maier</i>
„Das Staatsschiff“ auf der Fahrt von Griechenland über Rom nach Europa
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand in Text und Bild |
| 11 | <i>Felix Herzog</i>
Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts
Eine Hommage an Wilhelm von Humboldt | 24 | <i>Hildegard Maria Nickel</i>
Geschlechterverhältnis in der Wende
Individualisierung versus Solidarisierung? | 36 | <i>Michael Daxner</i>
Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt |
| 12 | <i>Hans-Peter Müller</i>
Soziale Differenzierung und Individualität
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose | 25 | <i>Christine Windbichler</i>
Arbeitsrechtler und andere Laien in der Baugrube des Gesellschaftsrechts
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung | | |
| 13 | <i>Thomas Raiser</i>
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der Rechtswissenschaft | | | | |

- 37 *Konrad H. Jarausch*
Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime
- 38 *Detlef Krauß*
Schuld im Strafrecht
Zurechnung der Tat oder Abrechnung mit dem Täter?
- 39 *Herbert Kitschelt*
Rationale Verfassungswahl?
Zum Design von Regierungssystemen in neuen Konkurrenzdemokratien
- 40 *Werner Röcke*
Liebe und Melancholie
Formen sozialer Kommunikation in der ‚Historie von Florio und Blanschellur‘
- 41 *Hubert Markl*
Wohin geht die Biologie?
- 42 *Hans Bertram*
Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie
- 43 *Dieter Segert*
Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert
- 44 *Klaus R. Scherpe*
Beschreiben, nicht Erzählen!
Beispiele zu einer ästhetischen Opposition: Von Döblin und Musil bis zu Darstellungen des Holocaust
- 45 *Bernd Wegener*
Soziale Gerechtigkeitsforschung: Normativ oder deskriptiv?
- 46 *Horst Wenzel*
Hören und Sehen – Schrift und Bild
Zur mittelalterlichen Vorgeschichte audiovisueller Medien
- 47 *Hans-Peter Schwintowski*
Verteilungsdefizite durch Recht auf globalisierten Märkten
Grundstrukturen einer Nutzentheorie des Rechts
- 48 *Helmut Wiesenthal*
Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation
- 49 *Rainer Dietrich*
Wahrscheinlich regelhaft. Gedanken zur Natur der inneren Sprachverarbeitung
- 50 *Bernd Henningsen*
Der Norden: Eine Erfindung
Das europäische Projekt einer regionalen Identität
- 51 *Michael C. Burda*
Ist das Maß halb leer, halb voll oder einfach voll?
Die volkswirtschaftlichen Perspektiven der neuen Bundesländer
- 52 *Volker Neumann*
Menschenwürde und Existenzminimum
- 53 *Wolfgang Iser*
Das Großbritannien-Zentrum in kulturwissenschaftlicher Sicht
Vortrag anlässlich der Eröffnung des Großbritannien-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin
- 54 *Ulrich Battis*
Demokratie als Bauherrin
- 55 *Johannes Hager*
Grundrechte im Privatrecht
- 56 *Johannes Christes*
Cicero und der römische Humanismus
- 57 *Wolfgang Hardtwig*
Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung – Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500–1840
- 58 *Elard Klewitz*
Sachunterricht zwischen Wissenschaftsorientierung und Kindbezug
- 59 *Renate Valtin*
Die Welt mit den Augen der Kinder betrachten
Der Beitrag der Entwicklungstheorie Piagets zur Grundschulpädagogik
- 60 *Gerhard Werle*
Ohne Wahrheit keine Versöhnung!
Der südafrikanische Rechtsstaat und die Apartheid-Vergangenheit
- 61 *Bernhard Schlink*
Rechtsstaat und revolutionäre Gerechtigkeit. Vergangenheit als Zumutung?
(Zwei Vorlesungen)
- 62 *Wiltrud Gieseke*
Erfahrungen als behindernde und fördernde Momente im Lernprozeß Erwachsener
- 63 *Alexander Demandt*
Ranke unter den Weltweisen
Wolfgang Hardtwig
Die Geschichtserfahrung der Moderne und die Ästhetisierung der Geschichtsschreibung: Leopold von Ranke
(Zwei Vorträge anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages Leopold von Rankes)
- 64 *Axel Flessner*
Deutsche Juristenausbildung
Die kleine Reform und die europäische Perspektive
- 65 *Peter Brockmeier*
Seul dans mon lit glacé – Samuel Becketts Erzählungen vom Unbehagen in der Kultur
- 66 *Harmut Böhme*
Das Licht als Medium der Kunst
Über Erfahrungsarmut und ästhetisches Gegenlicht in der technischen Zivilisation
- 67 *Siegling Ellger-Rüttgardt*
Berliner Rehabilitationspädagogik: Eine pädagogische Disziplin auf der Suche nach neuer Identität
- 68 *Christoph G. Paulus*
Rechtsgeschichtliche und rechtsvergleichende Betrachtungen im Zusammenhang mit der Beweisvereitelung
- 69 *Eberhard Schwark*
Wirtschaftsordnung und Sozialstaatsprinzip
- 70 *Rosemarie Will*
Eigentumstransformation unter dem Grundgesetz
- 71 *Achim Leschinsky*
Freie Schulwahl und staatliche Steuerung
Neue Regelungen des Übergangs an weiterführende Schulen
- 72 *Harry Dettenborn*
Hang und Zwang zur sozialkognitiven Komplexitätsreduzierung: Ein Aspekt moralischer Urteilsprozesse bei Kindern und Jugendlichen
- 73 *Inge Frohburg*
Blickrichtung Psychotherapie: Potenzen – Realitäten – Folgerungen
- 74 *Johann Adrian*
Patentrecht im Spannungsfeld von Innovationsschutz und Allgemeininteresse

- 75 *Monika Doherty*
Verständigung trotz allem. Probleme aus und mit der Wissenschaft vom Übersetzen
- 76 *Jürgen van Buer*
Pädagogische Freiheit, pädagogische Freiräume und berufliche Situation von Lehrern an Wirtschaftsschulen in den neuen Bundesländern
- 77 *Flora Veit-Wild*
Karneval und Kakertaken
Postkolonialismus in der afrikanischen Literatur
- 78 *Jürgen Diederich*
Was lernt man, wenn man nicht lernt? Etwas Didaktik „jenseits von Gut und Böse“ (Nietzsche)
- 79 *Wolf Krötke*
Was ist ‚wirklich‘?
Der notwendige Beitrag der Theologie zum Wirklichkeitsverständnis unserer Zeit
- 80 *Matthias Jerusalem*
Die Entwicklung von Selbstkonzepten und ihre Bedeutung für Motivationsprozesse im Lern- und Leistungsbereich
- 81 *Dieter Klein*
Globalisierung und Fragen an die Sozialwissenschaften: Richtungsbestimmter Handlungszwang oder Anstoß zu einschneidendem Wandel?
- 82 *Barbara Kunzmann-Müller*
Typologisch relevante Variation in der Slavia
- 83 *Michael Parmentier*
Sehen Sehen
Ein bildungstheoretischer Versuch über Chardins ‚L'enfant au toton‘
- 84 *Engelbert Plassmann*
Bibliotheksgeschichte und Verfassungsgeschichte
- 85 *Ruth Tesmar*
Das dritte Auge
Imagination und Einsicht
- 86 *Ortfried Schäffler*
Perspektiven erwachsenenpädagogischer Organisationsforschung
- 87 *Kurt-Victor Selge, Reimer Hansen, Christof Gestrich*
Philipp Melanchthon 1497–1997
- 88 *Karla Horstmann-Hegel*
Integrativer Sachunterricht – Möglichkeiten und Grenzen
- 89 *Karin Hirdina*
Belichten, Beleuchten, Erhellen
Licht in den zwanziger Jahren
- 90 *Marion Bergk*
Schreibinteraktionen: Verändertes Sprachlernen in der Grundschule
- 91 *Christina von Braun*
Architektur der Denkräume
James E. Young
Daniel Libeskind's Jewish Museum in Berlin: The Uncanny Art of Memorial Architecture
Daniel Libeskind
Beyond the Wall
Vorträge anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Daniel Libeskind
- 92 *Christina von Braun*
Warum Gender-Studies?
- 93 *Ernst Vogt, Axel Horstmann*
August Boeckh (1785–1867). Leben und Werk
Zwei Vorträge
- 94 *Engelbert Plassmann*
Eine „Reichsbibliothek“?
- 95 *Renate Reschke*
Die Asymmetrie des Ästhetischen
Asymmetrie als Denkfigur historisch-ästhetischer Dimension
- 96 *Günter de Bruyn*
Altersbetrachtungen über den alten Fontane
Festvortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde
- 97 *Detlef Krauß*
Gift im Strafrecht
- 98 *Wolfgang Thierse, Renate Reschke, Achim Trebeß, Claudia Salchow*
Das Wolfgang-Heise-Archiv. Plädoyers für seine Zukunft
Vorträge
- 99 *Elke Lehnert, Annette Vogt, Ulla Ruschhaupt, Marianne Kriszto*
Frauen an der Humboldt-Universität 1908–1998
Vier Vorträge
- 100 *Bernhard Schlink*
Evaluierte Freiheit?
Zu den Bemühungen um eine Verbesserung der wissenschaftlichen Lehre
- 101 *Heinz Ohme*
Das Kosovo und die Serbische Orthodoxe Kirche
- 102 *Gerhard A. Ritter*
Der Berliner Reichstag in der politischen Kultur der Kaiserzeit
Festvortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde mit einer Laudatio von Wolfgang Hardtwig
- 103 *Cornelius Frömmel*
Das Flair der unendlichen Vielfalt
- 104 *Verena Olejniczak Lobsien*
„Is this the promised end?“ Die Apokalypse des King Lear, oder: Fängt Literatur mit dem Ende an?
- 105 *Ingolf Pernice*
Kompetenzabgrenzung im Europäischen Verfassungsverbund
- 106 *Gerd Irrlitz*
Das Bild des Weges in der Philosophie
- 107 *Helmut Schmidt*
Die Selbstbehauptung Europas im neuen Jahrhundert. Mit einer Replik von Horst Teltchik
- 108 *Peter Diepold*
Internet und Pädagogik
Rückblick und Ausblick
- 109 *Artur-Axel Wandtke*
Copyright und virtueller Markt oder Das Verschwinden des Urhebers im Nebel der Postmoderne?
- 110 *Jürgen Mittelstraß*
Konstruktion und Deutung
Über Wissenschaft in einer Leonardo- und Leibniz-Welt
- 111 *Göran Persson*
European Challenges. A Swedish Perspective. Mit einer Replik von Janusz Reiter
- 112 *Hasso Hofmann*
Vom Wesen der Verfassung
- 113 *Stefanie von Schurbein*
Kampf um Subjektivität
Nation, Religion und Geschlecht in zwei dänischen Romanen um 1850

- 114 *Ferenc Mádl*
Europäischer Integrationsprozess. Ungarische Erwartungen. Mit einer Replik von Dietrich von Kyaw
- 115 *Ernst Maug*
Konzerne im Kontext der Kapitalmärkte
- 116 *Herbert Schnädelbach*
Das Gespräch der Philosophie
- 117 *Axel Flessner*
Juristische Methode und europäisches Privatrecht
- 118 *Sigrid Jacobet*
KZ-Gedenkstätten als nationale Erinnerungsorte
Zwischen Ritualisierung und Musealisierung
- 119 *Vincent J. H. Houben*
Südostasien. Eine andere Geschichte
- 120 *Étienne Balibar, Friedrich A. Kittler, Martin van Creveld*
Vom Krieg zum Terrorismus?
Mosse-Lectures 2002/2003
- 121 *Hans Meyer*
Versuch über die Demokratie in Deutschland
- 122 *Joachim Kallinich*
Keine Atempause – Geschichte wird gemacht
Museen in der Erlebnis- und Mediengesellschaft
- 123 *Anusch Taraz*
Zufällige Beweise
- 124 *Carlo Azeglio Ciampi*
L'amicizia italo-tedesca al servizio dell'integrazione europea. Die italienisch-deutsche Freundschaft im Dienste der europäischen Integration
Johannes Rau
Deutschland, Italien und die europäische Integration
- 125 *Theodor Schilling*
Der Schutz der Menschenrechte gegen den Sicherheitsrat und seine Mitglieder
Möglichkeiten und Grenzen
- 126 *Wolfgang Ernst*
Medienwissen(schaft) zeitkritisch
Ein Programm aus der Sophienstraße
- 127 *Hilmar Schröder*
Klimaerwärmung und Naturkatastrophen im Hochgebirge
Desaster oder Stabilität im 21. Jahrhundert?
- 128 *Kiran Klaus Patel*
Nach der Nationalfixiertheit
Perspektiven einer transnationalen Geschichte
- 129 *Susanne Frank*
Stadtplanung im Geschlechterkampf
Ebenezer Howard und Le Corbusier
- 130 *Matthias Langensiepen*
Modellierung pflanzlicher Systeme
Perspektiven eines neuen Forschungs- und Lehrgebietes
- 131 *Michael Borgolte*
Königsberg – Deutschland – Europa
Heinrich August Winkler und die Einheit der Geschichte. Festvortrag anlässlich des 65. Geburtstages
- 132 *Guy Verhofstadt*
The new European Constitution – from Laeken to Rome
- 133 *Elke Hartmann*
Zur Geschichte der Matriachatsidee
- 134 *Felix Naumann*
Informationsintegration
- 135 *Gerhard Dannemann*
Rechtsvergleichung im Exil
Martin Wolff und das englische Recht
- 136 *Jörg Baberowski*
Zivilisation der Gewalt
Die kulturellen Ursprünge des Stalinismus
- 137 *Friedhelm Neidhardt*
Logik – Soziologik
Kolloquium anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde

